

Theodor Heuss
Bürger der Weimarer Republik

Theodor Heuss
Stuttgarter Ausgabe
Briefe

Herausgegeben von der
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Wissenschaftliche Leitung
Ernst Wolfgang Becker

Editionsbeirat
Wolfgang Hardtwig, Hans Peter Mensing,
Angelika Schaser, Andreas Wirsching

Theodor Heuss
Bürger der Weimarer Republik

Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von
Michael Dormann

K · G · Saur München

Träger des Editionsprojekts:
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

Der Band wurde gefördert von:
Robert Bosch Stiftung
LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg
Würth-Gruppe
Daimler AG
Wüstenrot Stiftung
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG
Landesbank Baden-Württemberg
Ralf Lord Dahrendorf

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlag:

Foto: Theodor Heuss um 1925; Landesmedienzentrum Baden-Württemberg.
Brief: Theodor Heuss an Friedrich Ebert, 25. 12. 1924, in: BArch, R 601, 30, abgedruckt auf S. 238f.



Gedruckt auf säurefreiem Papier

© 2008 by K. G. Saur Verlag, München
Ein Imprint der Walter de Gruyter GmbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten

Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlags ist unzulässig

Satz: Dr. Rainer Ostermann, München

Druck & Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Printed in Germany

ISBN 978-3-598-25120-7 (Gesamteition)

ISBN 978-3-598-25121-4 (Briefe)

ISBN 978-3-598-25122-1 (Briefe 1918–1933)

Inhalt

Vorwort des Editionsbeirates	7
Theodor Heuss: Lebensstationen	11
Michael Dormann	
Einführung: Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933	15
Zur Edition	51
Verzeichnis der Briefe	57
Briefe	83
Anhang	541
Bildnachweis	543
Abkürzungen	544
Quellen und Literatur	546
Biographisches Personenregister	565
Sachregister	611

Vorwort des Editionsbeirates

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die einer stabilen Demokratie. An ihrem Anfang standen 1945 Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Elisabeth Selbert, Helene Weber und andere Männer und Frauen, die nach den Katastrophen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges einen demokratischen Neuanfang wagten – freilich unter den engen Rahmenbedingungen, welche die Besatzungsmächte nach der Befreiung vorgaben. Ohne den Rückgriff auf demokratische Traditionen, wie sie in der deutschen Geschichte in Personen wie Heuss greifbar sind, hätte die Demokratie in Deutschland vermutlich nicht so nachhaltig Fuß fassen können.

Mit der Werkausgabe „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ wird eine moderne Edition vorgelegt, die wichtige Zeugnisse zur deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereithält. Sie lädt dazu ein, die seit einigen Jahren anschwellende Krisenrhetorik, die Systemschwächen der Bundesrepublik diagnostiziert, mit der Bilanz einer letztendlich erfolgreichen Gründungsgeschichte zu kontrastieren.

Im einzelnen sprechen mehrere Gründe für die Herausgabe der Werke von Theodor Heuss. Zum einen erhielt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom Deutschen Bundestag den gesetzlichen Auftrag, „das Andenken an das Wirken des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, für Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für Europa, für Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der jüngeren Geschichte sowie der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten“ und den Nachlass „für die Interessen der Allgemeinheit in Wissenschaft, Bildung und Politik auszuwerten.“ Dazu dient auch die „Veröffentlichung von Archivbeständen“ (Errichtungsgesetz der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom 27. Mai 1994).

Hinter diesem Auftrag klingt zum anderen als ein weiterer wesentlicher Beweggrund für eine Theodor-Heuss-Edition die historische und politische Bedeutung von Heuss an. Als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland hat er das Amt des Bundespräsidenten durch sein stilsicheres, umsichtiges und souveränes, intellektuell anspruchsvolles Auftreten nachhaltig geprägt. Während der schwierigen Formationsphase der 1949 neu begründeten, noch ungesicherten Demokratie bewies er in dieser Funktion eine bemerkenswerte innen- und außenpolitische Sensibilität. Darüber hinaus steht Theodor Heuss für die liberale Tradition deutscher Demokratiegeschichte im 20. Jahrhundert, die er als Politiker, als außerordentlich produktiver Publizist, als engagierter Hochschullehrer und ehrenamtlicher Verbandsfunktionär mitgeprägt hat. Diese Erfahrungen, die Heuss während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelt hatte, bildeten in der

posttotalitären Situation nach 1945 ein entscheidendes politisches Kapital, das der Wiedererrichtung einer demokratischen Republik auf deutschem Boden zu dauerhaftem Erfolg verholfen hat.

Ein dritter Grund für die neue Editionsreihe liegt in dem glücklichen Umstand, dass sich das vielfältige Wirken von Theodor Heuss in einer ungewöhnlich umfangreichen Überlieferung von hohem historischen und literarischen Wert niedergeschlagen und erhalten hat. Sein Nachlass, die Präsidentenakten aus seiner Amtszeit 1949–1959 sowie die vielschichtigen Parallelbestände weisen ihn als einen *Homme de Lettres* aus, der intellektuelle Reflexion und Übernahme von politischer Verantwortung in Einklang zu bringen vermochte. Seine zahlreichen Reden, Briefe und Schriften zu einer Vielzahl zeitgeschichtlicher Schlüsselthemen dokumentieren, in welchem ungewöhnlichen Ausmaß er über die politischen und kulturellen Instrumente des Bildungsbürgers verfügte.

Schließlich soll die „Stuttgarter Ausgabe“ weitere wissenschaftliche Untersuchungen zum Leben und Werk von Theodor Heuss und zum Amt des Bundespräsidenten anregen. Trotz einiger Teilstudien sind die Forschungen zu Heuss noch immer lückenhaft. Zahlreiche biographische Aspekte sind aufzuarbeiten und problemorientiert in den zeitgeschichtlichen Kontext einzubetten. Vor allem kann die Edition Impulse geben für eine längst überfällige, anspruchsvolle Biographie über Theodor Heuss, die wissenschaftlichen Standards genügt.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ gliedert sich nach Gattungen in vier Reihen: Briefe, Reden, Gespräche, Schriften. Diese Kommunikationsformen handhabte Heuss gekonnt. In ihnen kommt die ganze Bandbreite seiner Biographie wie auch seiner zahlreichen Tätigkeiten und Funktionen zum Ausdruck: So begegnet uns nicht allein der „öffentliche“ oder „offizielle“ Heuss, sondern auch der zurückgezogen arbeitende Schriftsteller und Künstler, der Freund, Ehemann und Vater. Die Edition macht historische Prozesse und Entscheidungen über einen biographischen Einstieg zugänglich und besser verständlich. Sie wendet sich nicht nur an die Wissenschaft, sondern auch an die interessierte Öffentlichkeit. Dies vor Augen, liegt der Edition das Konzept einer leserfreundlichen, aber auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Studienausgabe zugrunde. Dass es sich dabei angesichts der Überfülle des überlieferten Materials nur um eine Auswahledition handeln kann, liegt auf der Hand.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ beginnt mit der Reihe der Briefe, die – chronologisch angeordnet – in acht Bänden veröffentlicht werden. Die noch weitgehend unbekannt Korrespondenz von Theodor Heuss gibt einen außergewöhnlichen Einblick auch in jene Aspekte seiner Biographie, die er der öffentlichen Rede oder Publizistik nicht anvertraut hat. Vor allem die Briefe an Familienangehörige, Freunde, Bekannte und Personen der Zeitgeschichte, nicht zuletzt aber auch die Kontakte zu „kleinen Leuten“ machen den Facettenreichtum seiner Persönlichkeit und seines Wirkens deutlich. Der weitverzweigte, die Jahre 1892–1963 um-

fassende Schriftverkehr zeigt darüber hinaus, wie Heuss auch über das traditionelle liberale und demokratische Lager hinaus als Kommunikator wirkte und dazu beitrug, dass ein von antitotalitären Überzeugungen getragenes Beziehungsnetz das „Dritte Reich“ überdauern konnte. Es werden – mit Ausnahme des Briefbandes, der Eingaben aus der Bevölkerung und die Reaktionen des Bundespräsidenten darauf aufnimmt – ausschließlich Schreiben von Heuss abgedruckt, die Gegenkorrespondenz aber im Kommentar berücksichtigt.

Nachdem im Herbst 2007 der Auftaktband der „Stuttgarter Ausgabe“ unter dem Titel „Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949“ erschienen ist, freuen wir uns, nur ein Jahr später den nächsten Band vorlegen können. Die Briefe aus den Jahren 1918–1933 machen einen besonders sensiblen Abschnitt deutscher Zeitgeschichte deutlich. Als „Bürger der Weimarer Republik“ setzte sich Theodor Heuss partei-, kultur- und bildungspolitisch intensiv für die Demokratie der Weimarer Republik ein. Die Einleitung beleuchtet die thematischen Schwerpunkte, die sich in den Briefen aus diesen „Krisenjahren der klassischen Moderne“ (Detlef Peukert) widerspiegeln, und ordnet sie in den historischen Zusammenhang ein.

Ohne die Unterstützung zahlreicher Archive, Bibliotheken und anderer Einrichtungen sowie vieler Privatpersonen hätte dieses Projekt nicht so umfassend und sorgfältig durchgeführt werden können. Wir danken an dieser Stelle vor allem der Schwiegertochter von Theodor Heuss, Ursula Heuss-Wolff, und dem Enkel, Dr. Ludwig Theodor Heuss, die der Edition das umfangreiche Familienarchiv mit der Privatkorrespondenz von Heuss großzügig und vertrauensvoll zur Verfügung stellten und das Projekt in jeder Hinsicht unterstützten. Unser Dank gilt gleichfalls der Robert Bosch Stiftung, der Landesstiftung Baden-Württemberg, der Würth-Gruppe, der Daimler AG, der Wüstenrot-Stiftung, der Porsche AG, der Landesbank Baden-Württemberg sowie Ralf Lord Dahrendorf. Sie haben den vorliegenden Band mit erheblichen Mitteln gefördert. Und schließlich danken wir dem Herausgeber des Bandes, Dr. Michael Dormann, und dem wissenschaftlichen Leiter der „Stuttgarter Ausgabe“, Dr. Ernst Wolfgang Becker, für ihren wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Werkes und für die gute Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing,
Prof. Dr. Angelika Schaser, Prof. Dr. Andreas Wirsching

Theodor Heuss: Lebensstationen

(unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1918–1933)

- 1884 31. 1. Geburt von Theodor Heuss in Brackenheim/Württemberg
- 1890 Umzug nach Heilbronn
- 1892 Eintritt in das humanistische Karls gymnasium
- 1902 Abitur
Erste Begegnung mit Friedrich Naumann
Beginn des Studiums der Neuphilologie und Nationalökonomie an der Universität München
- 1905 Abschluss des Studiums der Nationalökonomie mit einer Dissertation zum Thema „Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N.“ (Publikation 1906)
Redakteur der Wochenzeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin (bis 1912)
Erste Begegnung mit Elly Knapp
- 1907 Erfolgreicher Reichstagswahlkampf für Friedrich Naumann in Heilbronn
- 1908 11. 4. Hochzeit mit Elly Knapp (Pfarrer: Albert Schweitzer)
- 1910 5. 8. Geburt des Sohnes Ernst Ludwig
- 1912 Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn (bis 1917)
Erfolgreiche Kandidatur für den württembergischen Landtag
- 1913 Schriftleiter der Kulturzeitschrift „März“ (bis 1917)
- 1918 Veröffentlichung von „Die Bundesstaaten und das Reich“ und „Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel“
Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes in Berlin (hauptamtlich bis 1921)
Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Politik“ (bis 1922)
Januar: Umzug nach Berlin
April: Nachzug der Familie und Einzug in die Fregestraße 80 in Berlin-Friedenau
Juni: zweiwöchige Reise nach Wien
November: Revolution in Berlin. Beginn der politischen Arbeit für die Deutsche Demokratische Partei (DDP)
- 1919 Veröffentlichung von „Zwischen Gestern und Morgen“ und „Deutschlands Zukunft“
19. 1. Erfolgreiche Kandidatur für die Verfassunggebende Nationalversammlung
Februar: Reise nach Wien

23. 2. Wahl zum Mitglied der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung, seit 1920 der Schöneberger Bezirksversammlung
24. 8. Tod Friedrich Naumanns
- 1920 Veröffentlichung von „Die neue Demokratie“ und „Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation“
Studienleiter (bis 1925) und Dozent (bis 1933) an der Deutschen Hochschule für Politik
Wahl zum 2. Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller
6. 6. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 1. Reichstag
Oktober: Gründung der Deutschen Hochschule für Politik
- 1921 Beginn der Arbeiten an der Biographie über Friedrich Naumann
- 1922 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ (bis 1925)
Sommer: Reise nach Tirol
- 1923 Sommer: Dozent bei den Schulungswochen der Reichszentrale für Heimatdienst
- 1924 Wahl zum Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes
4. 5. Wahl in den 2. Reichstag für die DDP
7. 12. Wahl in den 3. Reichstag für die DDP
- 1925 5. 4. Wahl zum 1. Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (Rücktritt 1926)
August/September: Reise nach Wien zu einer Anschlusskundgebung des Deutsch-Österreichischen Volksbundes, anschließend Weiterfahrt nach Salzburg, Prag und Gablonz
- 1926 Veröffentlichung von „Staat und Volk“
23. 1. Wahl zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Auslandsdeutschen
- 1927 Veröffentlichung von „Führer aus deutscher Not. Fünf politische Porträts“ und „Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte“
- 1928 20. 5. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 4. Reichstag
September: Teilnahme an der Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen
- 1929 Veröffentlichung von „Deutsche Einheit. Deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag, 11. August 1929“
Arbeit für die Historische Reichskommission
2. 3. Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Carl Schurz in der Frankfurter Paulskirche
Oktober: Wahl zum Vorstandsmitglied der DDP
17. 11. Wahl in die Berliner Stadtverordnetenversammlung für die DDP
- 1930 Juli: Umzug in die Kamillenstraße 3 in Berlin-Lichterfelde-West
14. 9. Wahl in den 5. Reichstag für die DStP

17. 9. Wahl zum Geschäftsführer der DStP-Fraktion
Ende September: Reise an den Gardasee
- 1931 Veröffentlichung von „Robert Bosch“
4.–8. 4. Teilnahme am Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires in Athen
Ende September: Reise nach Warschau und Krakau, Teilnahme an einem Treffen von „Les Amitiés internationales“
- 1932 Veröffentlichung von „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“
28. 5. Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes
31. 7. Wahl in den 6. Reichstag für die DStP
6. 11. Erfolgreiche Kandidatur bei den Wahlen zum 7. Reichstag
- 1933 1. 1. Herausgeber der „Hilfe“
5. 3. Wahl in den 8. Reichstag für die DStP
23. 3. Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“
3. 5. Aberkennung der Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik
10. 5. Verbrennung zweier Bücher von Theodor Heuss
12. 7. Aberkennung des Reichstagsmandats
29. 9. Rücktritt vom Vorstand des Deutschen Werkbundes
- 1936 Rücktritt von der Herausgeberschaft der „Hilfe“
- 1937 Veröffentlichung der Biographie über Friedrich Naumann
- 1939 Veröffentlichung der Biographie über den Architekten Hans Poelzig
- 1940 Veröffentlichung der Biographie über den Zoologen Anton Dohrn
- 1942 Veröffentlichung der Biographie über den Chemiker Justus von Liebig
Beginn der Arbeit an der Biographie über den Unternehmer Robert Bosch (Veröffentlichung 1946)
- 1943 August–Oktober: Flucht aus Berlin über Heilbronn und den Boschhof (Oberbayern) nach Heidelberg
Dezember: Treffen mit Carl Goerdeler
- 1945 5. 9. Verleihung der Lizenz für die Herausgabe der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg (bis Ende 1949)
24. 9. Vereidigung zum Kultusminister von Württemberg-Baden
Ende September: Umzug nach Stuttgart
- 1946 6. 1. Wahl in den Vorstand der Demokratischen Volkspartei (DVP) von Württemberg-Baden
30. 6. Wahl in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden
29. 9. Wahl zum Vorsitzenden der DVP in der amerikanischen Zone
24. 11. Wahl in den 1. Landtag von Württemberg-Baden

- 1947 17. 3. Wahl zum Mitvorsitzenden (gemeinsam mit Wilhelm Külz) der gesamtdeutschen liberalen Demokratischen Partei Deutschlands (DPD)
- 1948 12. 1. Ernennung zum Honorarprofessor für politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Stuttgart
18. 1. Scheitern der DPD
1. 9. Beginn der Tätigkeit als Abgeordneter im Parlamentarischen Rat (bis 23. 5. 1949)
12. 12. Wahl zum Vorsitzenden der westzonalen FDP
- 1949 14. 8. Wahl in den ersten Deutschen Bundestag
12. 9. Wahl zum ersten Bundespräsidenten
- 1950 Vergebliche Bemühungen um die Einführung einer neuen Nationalhymne (bis 1951)
- 1951 Stiftung des Bundesverdienstkreuzes
- 1952 Verfassungsstreit über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft
19. 7. Tod von Elly Heuss-Knapp
- 1953 Veröffentlichung der Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“
- 1954 17. 7. Wiederwahl zum Bundespräsidenten in Berlin
8.–14. 11. Erster offizieller Staatsbesuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik durch den äthiopischen Kaiser Haile Selassie I.
- 1956 14.–22. 5. Staatsbesuch in Griechenland
- 1957 5.–13. 5. Staatsbesuch in der Türkei
19.–28. 11. Staatsbesuch in Italien
- 1958 28.5.–4. 6. Staatsbesuch in Kanada
4.–23. 6. Staatsbesuch in den USA
20.–23. 10. Staatsbesuch in Großbritannien
- 1959 Auseinandersetzungen um die dritte Amtszeit und die Nachfolge des Bundespräsidenten
12. 9. Ende der zweiten Amtszeit
- 1960 Reisen nach Frankreich, Israel und Indien
- 1963 Veröffentlichung der „Erinnerungen 1905–1933“
12. 12. Tod von Theodor Heuss in seinem Haus in Stuttgart

Michael Dormann

Einführung:
Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik.
Briefe 1918–1933

„Eine tapfere bürgerliche Gesinnung“ sei für Deutschland jetzt und in der kommenden Zeit dringend nötig, ließ Theodor Heuss einen seiner Briefpartner nach dem erdrutschartigen Sieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 wissen.¹ In der Tat: Die NS-Bewegung schien im Sommer 1932 mit ihren Wahlerfolgen, ihrer Propaganda und ihrem ganzen Habitus der bürgerlichen Welt und den bürgerlichen Parteien erfolgreich den Kampf angesagt zu haben. Die Verhöhnung des Rechtssystems, die Gewaltorgien der SA, die Verunglimpfung des Bürgertums als Synonym für Feigheit, Saturiertheit und Profitgier und die abschätzig zusammenfassende republikanische politische Kräfte als zum Untergang verurteilte „Systemparteien“ sprachen eine deutliche Sprache.²

Aus dieser Abwehrstellung heraus lässt sich in den letzten Monaten des Jahres 1932 eine Vielzahl von Äußerungen finden, in denen Heuss dazu aufruft, sowohl die demokratische Staatsform als auch die bürgerlichen Werte und Freiheiten zu verteidigen.³ Etwa, wenn er am 5. November 1932, dem Vorabend der nächsten Reichstagswahlen, in einem Artikel für die „Vossische Zeitung“ zum „männlichen Einsatz“ derer auffordert, „denen das Wort ‚bürgerliche Freiheit‘ nicht zu einer verwehten Sentimentalität geworden ist oder einen Irrtum der Geschichte bedeutet hat oder im Anmarsch einer kollektivistisch-sozialistischen Gefühls- und Gedankenwelt ‚überwunden‘ wurde.“⁴

Was bedeutete es aber, bürgerlich gesinnt oder auch Bürger der Weimarer Republik zu sein und inwiefern definierte sich Heuss selbst als Bürger? Angesprochen sind mit dieser Frage die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs „Bürger“, die einander überschneiden und zum Teil gegenseitig bedingen: der Bürger als Angehöriger einer sozialer Formation, als Staatsbürger und als Träger bürgerlicher Kultur und Lebensweise.⁵

¹ Nr. 212.

² Vgl. G. PAUL, Aufstand; P. LONGERICH, Bataillone. – Dass Hitler bzw. die NSDAP sich jenseits der Propaganda selbst als sozialrevolutionäre Kräfte verstanden und entsprechend handelten, wird dagegen von der Forschung überwiegend verneint; vgl. I. KERSHAW, NS-Staat, S. 234–266.

³ Belege bei J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 196f; vgl. auch DERS., Lage, S. 65–70.

⁴ THEODOR HEUSS: Ein letztes Wort, in: VZ, Nr. 532, 5. 11. 1932; Wiederabdruck in: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 180–183.

⁵ Zur Differenzierung des Begriffs vgl. J. KOCKA, Bürgertum; zu Heuss als Vertreter des Bürgertums vgl. TH. HERTFELDER, Bürger.

Mit seiner sozialen Herkunft, seiner humanistischen Schulbildung und seinem anschließenden Studium schlug Heuss „in geradezu prototypischer Weise eine bildungsbürgerliche Karriere“ ein.⁶ Die Heirat mit der Professorentochter Elly Knapp, ein „standesgemäßer“ Haushalt, die Berufswahl als Journalist und ein sich entwickelndes engmaschiges Freundschaftsgeflecht mit anderen Bildungsbürgern komplettieren dieses Bild.

Neben diesen Binnenkriterien war für das Bürgertum in Deutschland die Frontstellung zu anderen sozialen Gruppen konstitutiv, es lebte insbesondere von der Abgrenzung „nach unten“ zur Arbeiterschaft. Heuss hingegen war durch seine politische Initiation im Naumann-Kreis schon im Kaiserreich sensibilisiert für die „soziale Frage“ und die fehlende Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft. Die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP), zu deren Mitgliedern er von Beginn an gehörte, suchte bewusst den Brückenschlag zur Sozialdemokratie und verwirklichte in den Anfangsjahren der Republik ein politisches Bündnis mit der SPD, das in Preußen noch bis 1932 Bestand hatte.

War das politische Programm, dem sich Heuss verschrieb, also „nach unten“ durchlässig, so beschränkte er sich in seinen privaten Kontakten doch weitgehend auf seinesgleichen. Tatsächlich bildet der Heuss'sche Briefwechsel im Wesentlichen ein Gespräch mit anderen Bildungsbürgern ab, zu dem vereinzelt Wirtschaftsbürger einen Redebeitrag geben. Auch ein gewisses Standesbewusstsein lässt sich erkennen, etwa wenn Heuss seinem Sohn nach dessen Besuch einer Reichsbannerveranstaltung vorhält, „das sei unter seinem Niveau“.⁷ Sein Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit der Arbeiterklasse war zudem gering. Die Republik sei, so Heuss in einem Brief aus dem Jahre 1925, am sichersten „in der Hand und Gesinnung der selbständigen mittleren Leute. Das Proletariat allein trägt den Staat nicht, und die Geschichte lehrt allzuoft, daß die Entwurzelten ein Raub von Schlagworten oder Diktatoren werden.“⁸

Hier klingt an, wie soziale und politische Konstellationen in den Begriff der bürgerlichen Partei zusammengedacht werden. So gilt die ergiebigste Frage, für die die Briefe reiches Anschauungsmaterial bieten, dem politischen Akteur und Staatsbürger Heuss.

Die Weimarer Republik füllte den Begriff des Staatsbürgers, der zweiten Dimension des „Bürgers“, mit neuem Inhalt. Nicht mehr Staatszugehörigkeit wie im Kaiserreich, sondern das Fundament der Staatsgewalt durch die Verwirklichung des Prinzips der Volkssouveränität war jetzt gemeint. Der Staatsbürger sollte

⁶ DERS., Kapital, S. 94.

⁷ Nr. 225. Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold wurde zwar gemeinsam von der SPD, der DDP und dem Zentrum als politischer Kampfverband zur Verteidigung der Republik gegründet, in der Praxis überwog aber der Anteil der Arbeiterschaft deutlich; vgl. K. ROHE, Reichsbanner.

⁸ Nr. 90.

selbstständig, eigenverantwortlich und kompetent im politischen Raum Stellung beziehen und Verantwortung übernehmen. Der Bildungsbürger Heuss war schon vor der Weimarer Republik ein politischer Bürger, der auf ein politisches Mandat drang und Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen wollte, aber erst nach 1918 rückt dieser Aspekt seiner Lebenswirklichkeit von der Peripherie in das Zentrum. Sein politisches Engagement verbindet sich dabei im Wesentlichen mit der DDP bzw. nach 1930 mit der Deutschen Staatspartei (DStP), in die sich die DDP 1930 umformiert hatte, und die Heuss als bürgerlich im soziologischen und demokratisch im politischen Sinn definiert. Noch 1932, wenn er von den Trümmern seiner Partei spricht, bezeichnet er sie nicht als liberale oder linksliberale Partei, sondern als die „bürgerliche Demokratie“.⁹ Vorstellungen, das Bürgertum durch die Frontstellung zur Arbeiterbewegung als im Kern antisozialistisch zu definieren und alle bürgerlichen Parteien zu einem „Bürgerblock“ zusammenzuschließen, lehnte Heuss in Naumann'scher Tradition bis zum Ende der Weimarer Republik ab.

Engagierter Bürger der Weimarer Republik war Heuss aber auch in seiner Eigenschaft als Journalist und Redakteur, der politische Ereignisse kommentierte und analysierte, und insbesondere als Vermittler staatsbürgerlicher Bildung. Da mit der Durchsetzung des Prinzips der Volkssouveränität in der Weimarer Reichsverfassung zugleich die Einschränkungen von Geschlecht sowie Besitz und Bildung wegfielen, die vor 1918 im ganzen Reich den Frauen das Wahlrecht versagt und in den meisten Bundesstaaten die politische Teilhabe einzelner Schichten eingeschränkt hatten, war die politische Bildung in der Weimarer Republik vor ganz neue Aufgaben gestellt. Als Studienleiter und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik trug Heuss einen nicht unwesentlichen Teil zu ihrer Professionalisierung bei.

Bürgerlichkeit schloss schließlich einen Tugend- und Wertekanon mit ein, zu dem – grob umrissen – die Hochachtung von Arbeit und Leistung, das Beharren auf Individualität sowohl in der Lebensführung als auch in der Urteilsbildung und die Teilnahme am kulturellen Leben gehörten. All diese Bestandteile lassen sich zuhauf in der Korrespondenz von Heuss finden. Als Beispiele seien nur sein ständiger Verweis auf die von ihm geschulterte Arbeit, sein Interesse an literarischen Neuerscheinungen und sein ausgeprägter Sinn für ästhetische Fragen genannt. Einer ausgeprägt bürgerlichen Vorstellung entsprach ferner sein Vertrauen, dass über das Gemeinwohl letztlich in vernünftigem Diskurs entschieden werde, dass irgendwann „die bloße Leidenschaft, die Vernunft und Erfahrung verachtet, sich lahm laufen“ werde, wie Heuss diesen Gedanken in einer Reaktion auf die Juliwahl 1932 fasst.¹⁰ Und schließlich ist auch das Briefeschreiben selbst in sei-

⁹ THEODOR HEUSS: Ein letztes Wort, in: VZ, Nr. 532, 5. 11. 1932; Wiederabdruck in: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 180–183.

¹⁰ Vgl. Nr. 211

nem Changieren zwischen „Selbsterforschung“ und „Selbstenthüllung“¹¹ eine zutiefst bürgerliche Ausdrucksform und gelegentlich noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein später Nachklang des bürgerlichen Freundschaftskultes.

Die für diesen Band ausgewählten Briefe lassen sich – wie die gesamte Korrespondenz von Heuss¹² – ganz unterschiedlichen Empfängerkreisen zuordnen. Neben engen Freunden und Familienangehörigen finden sich Politiker ganz unterschiedlicher Couleur, Schriftsteller, Architekten, Gelehrte, Verleger und Journalisten unter den Adressaten, die damit das Nebeneinander und die Vielgestaltigkeit der Interessen eines Bürgers wie Heuss deutlich machen. Die Briefe überzeugen durch ihr hohes sprachliches und reflexives Niveau, sind gleichwohl aber präzise Stimmungsbarometer. Dabei werden sehr unterschiedliche Temperamente sichtbar: Es gibt die wohlkomponierten, dann meist handschriftlichen Briefe zu besonderen Anlässen wie etwa als Beileidsbezeugungen oder als „Bewerbungsschreiben“ für höhere politische Aufgaben. Daneben liegen eilig verfasste Berichte über den Verlauf des Tages vor, sachlich gehaltene Schreiben in fast amtlicher Diktion, ausschweifende Erörterungen politischer Problemlagen, Klagen, Bittbriefe, Reiseschilderungen und anderes mehr.

Heuss war ein pflichtbewusster Briefschreiber, der in der Regel eine Antwort nicht lange schuldig blieb. Bei der Erledigung der Korrespondenz, die dienstlichen Charakter trug, stand ihm während der Weimarer Jahre wohl immer eine Sekretärin zur Seite, für den privaten Teil gilt dies erst ab 1928. Mitunter merkt man dem Duktus einzelner Briefe an, dass dieser „in aller Eile herunterdiktirt“¹³ war und unter Umständen dadurch etwas umfänglicher als geplant ausfiel. Ein weiteres Charakteristikum der Briefe von Heuss ist ihre Unverstelltheit und Direktheit, die manchmal bis ins Grobe ging. So antwortete ihm einer seiner Korrespondenzpartner auf einen unverblühten Brief denn auch, man solle sich doch die geäußerten „Freundlichkeiten gegenseitig als Beweise der Urlaubsbedürftigkeit aufrechnen“.¹⁴

In den Briefen wird Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik in all seinen Rollen und Facetten lebendig. Das Ende der DDP/DStP als einflusslose Splitterpartei im Jahre 1932 zeigt allerdings, dass der Konzeption des Bürgertums als einer der Republik verpflichteten politischen Kraft kein Erfolg beschieden war und die antirepublikanischen Affekte im Bürgertum deutlich überwogen.¹⁵ Es gehört zu den Fehlerwartungen und wohl auch Selbsttäuschungen von Heuss, dass das Bürgertum die von ihm apostrophierte „tapfere bürgerliche Gesinnung“

¹¹ Vgl. P. GAY, *Macht*, S. 390–416, Zitat S. 390.

¹² Zu Heuss' gesamter Korrespondenz vgl. E. W. BECKER, *Haus*.

¹³ Nr. 96.

¹⁴ Cohnstaedt an Heuss, 22. 7. 1929, in: BArch, N 1221, 75.

¹⁵ Vgl. klassisch H. MOMMSEN, *Auflösung*.

nach 1933 nur zu einem verschwindend geringen Teil aufbrachte, besser gesagt, überhaupt für angebracht hielt.

„Die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen“

Der Briefband setzt mit der Rückkehr von Theodor Heuss nach Berlin im Januar 1918 ein und nimmt damit mit guten Gründen ein biographisches und nicht das historische Datum der Revolution vom November 1918 als Zäsur. In den Jahren zuvor, von 1912 bis 1917, hatte Heuss als Chefredakteur die „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn geleitet – ein Blatt, das bereits sein Vorgänger Ernst Jäckh zu einer wichtigen Stimme im Konzert der liberalen Presse ausgebaut hatte.¹⁶ Auf die Dauer bot Heilbronn Heuss jedoch zuwenig Entfaltungsmöglichkeit für seine journalistischen und politischen Ambitionen, die wohl schon zu dieser Zeit auf ein Reichstagsmandat abzielten.¹⁷ Er zeigte sich daher aufgeschlossen, als sich für ihn Mitte 1917 eine neue berufliche Perspektive in Berlin konkretisierte, dem unumstrittenen politischen Macht- und Entscheidungszentrum des Deutschen Reiches. Zudem hatte Heuss bereits von 1905 bis 1912 als enger Vertrauter seines politischen Mentors Friedrich Naumann in der Redaktion der Zeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin gearbeitet, konnte bei seiner Rückkehr also an ein Netz von Freundschaften und Bekanntschaften anknüpfen.

In einem Rückblick auf seine ersten Monate in Berlin begründete Heuss die Entscheidung, Heilbronn zu verlassen, mit der Verlockung, hier sowohl seinen künstlerischen als auch politischen Interessen nachgehen zu können, und schlägt damit ein Motto an, das über seine ersten Berliner Jahre geheftet werden kann.

„Daß ich den heilbronner Wirkungskreis verlassen habe, hat ja manche Ansätze einer schönen und befriedigenden Arbeit <geknickt>, an die ich manchmal mit Sehnsucht zurückdenke. Aber als die Versuche, mich wegzuholen, sich häuften, habe ich mich zur Rückkehr nach Berlin entschlossen, weil meine gegenwärtige Doppelstellung am „Deutschen Werkbund“ und an der Wochenschrift „Deutsche Politik“ die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen in sich enthält – an dieser Verbindung ist für meinen inneren Menschen viel gelegen, und man kann sie selten nebeneinander besitzen.“¹⁸

Die „Deutsche Politik“, der eine und umfänglichere Teil von Heuss' „Doppelstellung“, war im Januar 1916 als Zeitschrift mit weitgehend außenpolitischer Themensetzung gegründet worden. Ihre bestimmende Persönlichkeit war Paul

¹⁶ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 111–125.

¹⁷ Als Stimmungsbild vgl. das Schreiben von Dürr an Heuss, 18. 6. 1917: „Ich weiß, Sie wachsen täglich über die N. Z. hinaus. [...] Schickt Backnang Sie nicht das nächstemal – hoffentlich ist bis dahin der Krieg aus – in den Landtag und womöglich in den Reichstag, so wird Württemberg Sie nicht mehr länger festhalten können“, zit. n. ebd., S. 121f.

¹⁸ Nr. 14.

Rohrbach, der wie Jäckh und Heuss zum Naumann-Kreis gehörte und regelmäßig für den außenpolitischen Teil der „Hilfe“ schrieb. Den Anspruch der „Deutschen Politik“ als „Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“, so ihr Untertitel, füllte Rohrbach mit einem imperialistischen Programm, das kolonialpolitische Erwerbungen des Deutschen Reiches und eine Dominanz der „mitteleuropäisch-orientalischen Bundesgenossenschaft“ nach einem für Deutschland siegreichen Weltkrieg propagierte.¹⁹ Die Berufung von Heuss in die Redaktion der „Deutschen Politik“ ist als Reaktion auf die zunehmende Realitätsferne dieser außenpolitischen Zielsetzung und die immer offenkundiger zu Tage tretende mangelnde innenpolitische Kompetenz der Zeitschrift zu deuten. Der Umbau der Zeitschrift ging aber nur schleppend voran, und sie konnte sich letztlich von ihrem Gründungsprogramm nicht emanzipieren.

In den gut vier Jahren seiner Tätigkeit bei der „Deutsche Politik“ verfasste Heuss knapp hundert Beiträge, die fast ausschließlich politische Ereignisse und Entwicklungen zum Inhalt hatten.²⁰ Selbst in seinen Rezensionen war er auf historisch-politische Werke beschränkt – „ich kann hier nur Politica anfordern“ klagte er einem Heilbronner Bekannten.²¹

In seiner Korrespondenz finden jedoch die Mühen des Redaktionsalltags, wie die Gewinnung von Autoren oder die Ablehnung von Manuskripten, einen weitaus stärkeren Widerhall als seine eigenen Beiträge. Zu den prominenteren Autoren, die er für eine Mitarbeit gewinnen wollte, gehörten beispielsweise der Historiker Friedrich Meinecke, den er um einen Beitrag über die Entstehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bat,²² oder der einflussreiche linksliberale Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann, der seine Vorstellungen über eine Reform des Auswärtigen Dienstes für die „Deutsche Politik“ skizzieren sollte.²³ Während Heuss' Werben in den beiden genannten Fällen kein Erfolg beschieden war, konnte er – quasi als Morgengabe seines Eintritts in die Redaktion – der „Deutschen Politik“ einen Vorabdruck aus einem Werk seines Schwiegervaters sichern, des bekannten Nationalökonomen Georg Friedrich Knapp.²⁴

Der andere Teil der in Berlin neu errungenen „Doppelstellung“ bestand in Heuss' Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes. Der Deutsche Werkbund, dessen Gründung im Jahre 1907 Heuss nur aus der Ferne verfolgt hatte, bemühte sich um die Verbesserung der Form und Qualität von Gebrauchswaren und verband damit das Ziel, den Weltmarkt für deutsche Produkte zu er-

¹⁹ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 63, 192–195.

²⁰ Vgl. ebd.; zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Artikel von Heuss vgl. die Analyse ebd., S. 210–222.

²¹ Nr. 5.

²² Vgl. Nr. 3.

²³ Vgl. Nr. 11.

²⁴ Vgl. Nr. 1.

obern. Als gemeinsame Plattform brachte er Künstler und Architekten auf der einen und Vertreter von Industrie, Handel und Handwerk auf der anderen Seite zusammen.²⁵ Seine Geschäftsführung befand sich seit 1912 in Berlin und stand dort unter der Leitung von Jäckh. Unter dessen Führung drang der Werkbund mit einer regen Publikationstätigkeit und zahlreichen Ausstellungen, darunter der berühmten Werkbundaustellung in Köln 1914, verstärkt in die Öffentlichkeit.²⁶ Dementsprechend wuchs der dazu notwendige Mitarbeiterstab, und zu dessen Verstärkung begann Jäckh im Juni 1917 auch um eine Mitarbeit von Heuss zu werben. Im offiziellen Schreiben des Vorstands des Deutschen Werkbundes wurde sein Aufgabengebiet schließlich als Behandlung der „künstlerischen und literarischen Dinge im Werkbund“ näher gefasst.²⁷

Heuss' erste größere Aufgabe war die Publikation der Entwürfe zu dem geplanten, aber nicht realisierten deutsch-türkischen „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel, das sich bruchlos in die von Rohrbach und Jäckh in der „Deutschen Politik“ propagierte „mitteleuropäisch-orientalische Bundesgenossenschaft“ einfügt. Unversehens wurde Heuss mit dieser Arbeit zum „Architekturschriftsteller“ und hatte die Entwürfe so renommierter Architekten wie Richard Riemerschmid, Hans Poelzig oder Martin Elsaesser zu kommentieren.²⁸ Auch wenn er sich selbst dabei „eine irgendwie temperamentvoll ausgedrückte Stellungnahme für oder gegen einzelne der Projekte“ verbot, warb er bei den betroffenen Architekten doch recht selbstbewusst für sein Verfahren, auf „event[ue]ll[e] kritische Meinungsäußerung“ nicht zu verzichten, „denn es konnte ja nicht im Sinne der Teilnehmer selber liegen, wenn die Publikation in einer allgemeinen Farblosigkeit geschehe.“²⁹ Daneben verschrieb sich Heuss innerhalb des Werkbundes insbesondere der Förderung der Glasmalerei und regte die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei an.³⁰

Seine Doppelstellung der ersten Berliner Jahre als Zeitschriftenredakteur und Funktionär einer Künstlervereinigung konnte Heuss wohl nur bewältigen, weil beide Arbeitsgebiete nicht nur einzelne inhaltliche Überschneidungsfelder hatten, wie beim „Haus der Freundschaft“, sondern auch ganz pragmatisch kaum voneinander getrennt waren. Sowohl die Redaktion der „Deutschen Politik“ als auch die Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes fanden sich unter derselben Adresse Schöneberger Ufer 36a und standen unter der Leitung von Ernst Jäckh. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – bereitete es Heuss anfangs einige

²⁵ Zur Geschichte des Deutschen Werkbundes vgl. insbes. J. CAMPBELL, *Werkbund*.

²⁶ Vgl. W. HARDTWIG, *Kunst*, S. 250.

²⁷ Vgl. Jäckh an Heuss, 30. 6. 1917, in: BArch, N 1221, 83; Peter Bruckmann an Heuss, 22. 10. 1917, ebd., 514.

²⁸ TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 221–223.

²⁹ Nr. 9.

³⁰ Vgl. Nr. 15; vgl. auch Nr. 41.

Mühe, sich mit seiner „angeborenen Unordentlichkeit und mit der Erledigung aus dem Handgelenk“ in die „klare Bürokratie von Jäckh“ einzufinden:

„Da läuft immer einer hin u. her, daß man Briefe liest, sein Visum macht, diktiert, unterschreibt – alles sehr klug und weise, aber auch das will gelernt sein, in einem solchen Apparat mitzulaufen, ohne daß die Dinge sich gerade an einem selber verfängen.“³¹

Der neun Jahre ältere Jäckh war es auch, der Heuss in die politischen Diskussionskreise der Reichshauptstadt einführte, die unter den Bedingungen der Pressezensur im Krieg unverzichtbar für den Informationsaustausch geworden waren. Am regelmäßigsten besuchte Heuss die von Hans Delbrück veranstalteten „Mittwochabende“, wo er unter anderem mit den Gelehrten Ernst Troeltsch, Friedrich Meinecke und Lujo Brentano, aber auch liberalen Politikern wie Bernhard Dernburg und Eugen Schiffer zusammentraf.³² Dieser auf einen Verständigungsfrieden und eine innenpolitische Reform des Kaiserreichs abzielende „Verschwörerklub“³³ galt Heuss dabei rückblickend als „eine Schule der Skepsis“.³⁴ Zu seiner Mitgliedschaft in der stärker überparteilich ausgerichteten „Deutschen Gesellschaft 1914“ kam noch sein gelegentlicher Besuch der Holtzendorff-Abende hinzu, die über Gelehrten- und Politikerkreise hinaus auch die Tore zur Reichsbürokratie und zu einflussreichen Unternehmern öffneten. Stolz ließ er seine vorerst in Heilbronn zurückgebliebene Ehefrau, die zum 1. April 1918 nach Berlin nachzog, wissen, nachdem er sein erstes „Diner mit Ministern, Staatssekretären, Admirälen u. s. f. eingenommen“ hatte: „es hat mir gut geschmeckt“.³⁵

Diese unterschiedlichen Gesprächskreise, zu denen noch die reaktivierten Kontakte zu den in Berlin ansässigen Mitgliedern des Naumann-Kreises wie Wilhelm Heile und selbstverständlich Friedrich Naumann selbst hinzuzurechnen sind,³⁶ ermöglichten es Heuss, frühzeitig an vertrauliche Informationen zu gelangen, etwa über die geplante militärische Offensive der Mittelmächte oder über die offizielle Haltung des Deutschen Reiches gegenüber dem bolschewistischen Regime in Moskau.³⁷ Innenpolitisch teilte er die Positionen des Delbrück-Kreises, die auf eine vorsichtige Parlamentarisierung des politischen Systems des Kaiserreichs abzielten.³⁸ Als deren Vorbedingung galt allgemein eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Preußen, deren absichtliche Verschleppung er sowohl der Regierung als auch den konservativen Parteien vorwarf.³⁹ Ein Gespür

³¹ Nr. 5.

³² Vgl. Nr. 1.

³³ Nr. 5.

³⁴ TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 220.

³⁵ Nr. 6.

³⁶ Vgl. Nr. 2.

³⁷ Vgl. Nr. 8, Nr. 13.

³⁸ Vgl. J. C. HESS, *Theodor Heuss*, S. 21–42.

³⁹ Vgl. Nr. 8.

dafür, dass diese inhaltliche Politik die Gefahr eines politischen Umsturzes in sich barg, wie er sich schließlich in der Revolution des Winters 1918/19 Bahn brechen sollte, lässt sich bei Heuss nicht feststellen. Prekär schien ihm dagegen aufgrund der Nationalitätenfrage und der nachlassenden Bindungskraft der Dynastie der Fortbestand der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auf einer Reise nach Wien im Sommer 1918 sammelte er hierzu zahlreiche pessimistische Stimmen.⁴⁰

Der politische Umbruch in Deutschland kam für Heuss also überraschend. Die Revolution als solche, der er einen „Mangel an schöpferischen politischen Ideen“ vorwarf und die er einige Jahre später lediglich als inneren „Zusammenbruch“ wertete, lehnte er ab.⁴¹ Ihr politisches Ergebnis, die Abschaffung der Monarchie, stellte er jedoch nicht in Frage, und nach dem 9. November setzte sich Heuss als Redner unermüdlich für die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ein. Denn dass das vordringliche Ziel jetzt in der Einberufung einer Nationalversammlung und der anschließenden Ausarbeitung einer neuen Verfassung bestand, schien ihm ebenso wie dem gesamten bürgerlichen Spektrum und auch weiten Teilen der SPD unabdingbar. Bereits wenige Tage nach dem 9. November sprach Heuss auf Massenversammlungen mit bis in die Tausende gehenden Zuhörerzahlen,⁴² während seine Ehefrau Elly Heus-Knapp mit „Hochdruck die jetzt dringliche Politisierung der Frauen“ betrieb.⁴³ An der Gründung der neuen bürgerlich-demokratischen Partei, der DDP, die bis zum Ende der Weimarer Republik seine politische Heimat werden sollte, war er nicht direkt beteiligt, darüber jedoch durch Naumann gut informiert.⁴⁴

Nicht zuletzt sah Heuss in dieser Umbruchszeit die Chance, seine politischen Ambitionen auf ein Reichstagsmandat zu verwirklichen. In drei Briefen an Conrad Haußmann, gemeinsam mit Friedrich von Payer die Führungsfigur der württembergischen Linksliberalen, meldete er vehement seinen Anspruch an, für die württembergische Partei in die Nationalversammlung entsandt zu werden.⁴⁵ Als Argumente führte er seine Jugend an – Heuss war zu diesem Zeitpunkt knapp 35 Jahre alt –, seine Kenntnis staatsrechtlicher Fragen, seine Erfahrung als Wahlkämpfer und den Zuspruch, den er aus Württemberg selbst erhalte. Konkurrierende Bewerber kanzelte er „als Bezirksgröße oder Interessenvertreter“ ab,⁴⁶ die beschlossene Kandidatenliste, die ihm den aussichtslosen sechsten Platz zuwies,

⁴⁰ Vgl. Nr. 10.

⁴¹ THEODOR HEUSS: Es bleibt beim Alten..., in: DP 3, H. 51, 20. 12. 1918, S. 1612; DERS.: Staatsbejahung, in: DN 4, H. 10, Oktober 1922, S. 840; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 60–62; M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 23–28.

⁴² Vgl. Nr. 16, Nr. 17, Nr. 18.

⁴³ Nr. 16.

⁴⁴ Vgl. Nr. 17.

⁴⁵ Vgl. Nr. 16, Nr. 18, Nr. 19.

⁴⁶ Nr. 16.

galt ihm gar als „Kapitulation vor dem berufsständischen Gedanken“ und gegenüber der intellektuellen Kapazität des Paulskirchenparlaments von 1848/49 als Blamage.⁴⁷ Dass seine Ansprüche in der Stuttgarter Parteizentrale übergangen wurden, war eine der bittersten Erfahrungen seiner noch jungen politischen Karriere, die er gleichwohl bis zum Ende der Weimarer Republik noch mehrfach erdulden musste. Seiner Enttäuschung machte er in zum Teil rigorosen Urteilen über das alte und neue Führungspersonal der DDP Luft: Alfred Weber: „viel zu hysterisch“;⁴⁸ Theodor Wolff: „pazifistische Pointen“;⁴⁹ Friedrich von Payer: „seine große Leistung hinter sich“.⁵⁰

Trotz der von vornherein zum Scheitern verurteilten Kandidatur unternahm Heuss im Januar 1919 eine ausgedehnte und auch körperlich zehrende Wahlkampfreise durch Württemberg.⁵¹ Das einzige politische Mandat, das er in dieser Umbruchphase erringen konnte, war ein Sitz in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.⁵² Erst 1924 gelang ihm der Sprung in den Reichstag, dem er mit Unterbrechungen bis 1933 angehören sollte.

Der Redakteur, Journalist und Schriftsteller

In der politischen Karriere gebremst, kehrte Heuss vorerst in seine Doppelstellung beim Deutschen Werkbund und der „Deutschen Politik“ zurück, die er jedoch nach und nach um andere Tätigkeitsfelder erweiterte. Am wichtigsten war seine Beteiligung an der Gründung der Deutschen Hochschule für Politik, die weiter unten eingehend geschildert wird und die ihn endgültig zu einem bildungsbürgerlichen Multifunktionär werden ließ. Aber auch im Bereich der Publizistik erschloss er sich in den folgenden Jahren zahlreiche weitere Publikationsforen und entwickelte umfangreiche Buchprojekte, darunter die seit 1919 geplante Biographie über Friedrich Naumann.

Mit dem verlorenen Weltkrieg war das außenpolitische Konzept der „Deutschen Politik“ endgültig obsolet geworden. Rohrbach hielt aber auch unter den gänzlich anderen politischen Rahmenbedingungen an seinen Weltmachtträumen fest und propagierte zudem die „Dolchstoßlegende“, nach der die SPD für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich sei.⁵³ Daraufhin halbierte sich die Zahl der Abonnenten von rund 8.900 im Jahre 1917 auf knapp 4.250 im Juli 1919.⁵⁴ Die Behauptung von Heuss, der Verlag habe die Zeitschrift absichtlich

⁴⁷ Nr. 18.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Nr. 19.

⁵¹ Vgl. Nr. 20.

⁵² Vgl. Nr. 21.

⁵³ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 201.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 200.

„verkrachen“ lassen,⁵⁵ als die „Deutsche Politik“ ihr Erscheinen im Frühjahr 1922 endgültig einstellte, scheint von daher zumindest fraglich.

Fast bruchlos übernahm Heuss im Mai 1922 die Redaktion der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“. Waren seine Versuche, die „Deutsche Politik“ näher an die DDP heranzuführen, gescheitert,⁵⁶ so übernahm er nun eine Publikation, die zwar nicht als Parteizeitschrift im engeren Sinne gelten kann, aber über ihr Herausgebergremium und durch ihre außenpolitische Programmatik eng mit der DDP verwoben war.⁵⁷ Seine Aufgaben lagen wie bei der „Deutschen Politik“ in der Gewinnung von Autoren sowie der Prüfung und Redaktion der eingereichten Texte;⁵⁸ mit der Veröffentlichung eigener Artikel hielt er sich jedoch zurück.⁵⁹ Der Hauptgewinn der von Heuss angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Zeitschrift ehrenamtlich übernommenen Redaktionsleitung⁶⁰ dürfte in der daraus erwachsenen näheren Bekanntschaft mit Bernhard Wilhelm von Bülow und Kurt Riezler zu sehen sein, die die „Deutsche Nation“ 1919 gegründet hatten. Gleich nach seinem Eintritt in die Redaktion unternahm Heuss mit beiden einen Segeltörn auf dem Wannensee und stellte zufrieden fest: „Dieses Segelboot ist eine angenehme Beigabe der neuen Redaktion“.⁶¹ Auf dem Höhepunkt der Inflation im Juli 1923 stellte „Die Deutsche Nation“ ihr Erscheinen ein, konnte aber nach einjähriger Pause noch einmal ihre Finanzierung für ein Jahr sichern, bevor im August 1925 das endgültige Aus kam.⁶² Heuss' Ziel, „aus dem Turm der reinen Politik“ herauszukommen und „die Beobachtung kultureller, geistiger und religiöser Bewegungen“ in die Zeitschrift mit aufzunehmen,⁶³ war aufgrund ihrer fragmentierten Erscheinungsweise nicht realisierbar.

Schon aus finanziellen Gründen war Heuss darauf angewiesen, kontinuierlich auch in anderen Zeitschriften und Zeitungen zu publizieren. Er verfolgte auch aus diesem Grunde aufmerksam die deutsche Presselandschaft. An den Geburtswehen des „Schwäbischen Bundes“, einer Kulturzeitschrift für Schwaben, war er mit seinem Rat direkt beteiligt. Hermann Missenharter, einem ihrer Gründungsherausgeber, gab er neben einer Reihe von Themenvorschlägen den Ratschlag, auf ein sehr gutes Niveau vor allem in Kunstfragen Wert zu legen und „die Trennung vom Selbstgefällig-Kleinbürgerlichen und Pausbäckigen, das der schwäbischen Tradition vielfach noch anhängt, klar durchzuführen.“⁶⁴ Auch bei

⁵⁵ Nr. 56.

⁵⁶ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 204.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 222–230.

⁵⁸ Vgl. Nr. 50, Nr. 54, Nr. 60, Nr. 80.

⁵⁹ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 233.

⁶⁰ TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 300.

⁶¹ Nr. 51.

⁶² Vgl. Nr. 80, Nr. 98.

⁶³ Nr. 50.

⁶⁴ Nr. 22.

einer Kritik der ersten Hefte des „Schwäbischen Bundes“ hielt er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg:

„Daß Theobald Ziegler im Goetheschen Sinn eine dämonische Natur gewesen ist, wirkt auf mich fast grotesk, da ich ihn bisher immer für einen klugschwätzenden, an die Universität verirrten Professor hielt. Verstehen Sie bitte diese Kritik nicht falsch, aber wir müssen uns wirklich gegen unsere legendären schwäbischen Größen etwas wappnen.“⁶⁵

Heuss selbst veröffentlichte in den folgenden Jahren im „Schwäbischen Bund“ einige kulturpolitische Artikel und sogar Gedichte aus seiner Jugendzeit.⁶⁶

Von größerer Bedeutung als Publikationsort war der von Gustav Stolper in Wien herausgegebene „Österreichische Volkswirt“. Heuss hatte Stolper während seiner Wienreise 1918 kennen gelernt und ihn anschließend wiederholt um Artikel für die „Deutsche Politik“ gebeten.⁶⁷ Im Gegenzug lud Stolper ihn ein, auch für den „Österreichischen Volkswirt“ zu schreiben. Dort publizierte Heuss u. a. einen „enthusiastisch“ gefärbten Nachruf auf Max Weber⁶⁸ oder längere historisch-politische Abhandlungen und Buchbesprechungen.⁶⁹ Im Krisenjahr 1923 griff er dankbar das Angebot Stolpers auf, nun regelmäßig für den „Österreichischen Volkswirt“ über die innenpolitische Situation in Deutschland zu berichten.⁷⁰ Die Zusammenarbeit intensivierte sich, als Stolper, mittlerweile einer der engsten Freunde von Heuss, 1925 nach Berlin übersiedelte und den „Österreichischen“ in den „Deutschen Volkswirt“ umtaufte. Heuss war zwar nicht offiziell Mitglied der Redaktion, aber doch häufig an redaktionellen Entscheidungen beteiligt und regelmäßiger Mitarbeiter an dem namentlich nicht gekennzeichneten Glossenteil der Zeitschrift.⁷¹

Auch andere Briefe zeigen sein Bemühen, sich gerade in den politisch und wirtschaftlich instabilen Inflationsjahren weitere Veröffentlichungsmöglichkeiten zu erschließen.⁷² „Die Hilfe“, der er aufgrund seiner früheren Redaktionstätigkeit eng verbunden war, druckte mehrmals Glossen von ihm unter dem leicht zu durchschauenden Pseudonym „Theobald Schwab“, unter dem er „schon mehr Unseriöses produziert“ habe.⁷³

Für den aufmerksamen Zeitungsleser Heuss gehörten Zeitungsredakteure zu den regelmäßigen Briefpartnern. Besonders hart ging er mit den drei der DDP verbundenen großen demokratischen Zeitungen ins Gericht, dem „Berliner Tage-

⁶⁵ Nr. 27.

⁶⁶ Vgl. Nr. 32.

⁶⁷ Vgl. Nr. 12, Nr. 24, Nr. 31.

⁶⁸ Nr. 33.

⁶⁹ Vgl. Nr. 56, Nr. 79.

⁷⁰ Vgl. Nr. 66, Nr. 67.

⁷¹ Vgl. Nr. 152; zu Heuss' Mitarbeit am „Deutschen Volkswirt“ vgl. auch R. BURGER, Theodor Heuss, S. 248f.

⁷² Vgl. Nr. 59.

⁷³ Vgl. Nr. 63, Nr. 71.

blatt“, der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“.⁷⁴ Tenor seiner Beschwerden, die meist durch konkrete Artikel ausgelöst wurden, war, dass die Zeitungen es sich zu leicht machten mit ihrer Kritik an der Politik der DDP, indem sie den Notwendigkeiten im politischen Alltagsgeschäft nicht genug Achtung zollten und durch wohlfeile Kommentare den Spielraum der Partei oder auch der deutschen Außenpolitik insgesamt unnötig einengten. Die Zeitungen argumentierten „moralisch, wie es zum Stil der deutschen Zeitungen gehört“, und vergäßen, dass man auf dem flachen Lande „die ausgezeichneten Leitartikel der Frankfurter Zeitung“ nicht lese, wie Heuss sarkastisch hinterherschob.⁷⁵ Schon nach wenigen Monaten im Reichstag bekannte er gegenüber dem Parteiführer Erich Koch-Weser, wie sehr er darunter leide,

„daß das Triumvirat Feder-Bernhard-Cohnstaedt sich den Auftrag zugewiesen hat, je und je festzustellen, wer noch ein guter Demokrat ist und was eigentlich Demokratie bedeutet. Es kann nicht ausbleiben, daß hier im Ganzen ein rationalistischer Formalismus das gewachsene Gefühl niederdrückt.“⁷⁶

Die „partei-imperatorische Haltung“ der „Frankfurter Zeitung“ versuchte er gar über eine Intervention bei Friedrich von Payer, der ihrem Aufsichtsrat angehörte, abzumildern.⁷⁷ Blieb er Redakteuren wie Georg Bernhard, Wilhelm Cohnstaedt und Julius Elbau trotz aller Gereiztheit im Einzelnen doch freundschaftlich verbunden, so reagierte er fast allergisch auf das „Berliner Tageblatt“ und dessen Chefredakteur Theodor Wolff. Wenn er sich „von Zeit zu Zeit der Lektüre des Berliner Tageblatts aussetze, etwa dem Artikel des Herrn Wolff“, wisse er, dass „diese Tonart“ die Menschen vertreibe.⁷⁸

Sichtliches Unbehagen bereitete ihm die Entwicklung der „Neckar-Zeitung“, die er auch nach seinem Weggang im Jahre 1917 aufmerksam verfolgte.⁷⁹ Nach kurzen Gastspielen von Erich Schairer, der die Zeitung knapp zwei Jahre leitete, und anderen Journalisten übernahm 1927 Heinz Goldammer die Chefredaktion. Ihm warf Heuss eine unklare politische Linie und das Bedürfnis vor, „die Parteien mies und madig“ machen zu wollen.⁸⁰ Wenig später empfand er sogar „Scham, daß ich dieser Zeitung einmal das Gepräge gegeben habe“, und bestellte sie ab.⁸¹

Neben seinen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln veröffentlichte Heuss in den ersten Jahren der Weimarer Republik, oft in wenigen Tagen zusammengeschrie-

⁷⁴ Vgl. Nr. 120, Nr. 124, Nr. 137, Nr. 138.

⁷⁵ Nr. 138.

⁷⁶ Nr. 83.

⁷⁷ Nr. 91.

⁷⁸ Nr. 124; vgl. auch Nr. 111.

⁷⁹ Vgl. Nr. 5, Nr. 28.

⁸⁰ Nr. 174.

⁸¹ Nr. 223; vgl. Nr. 225.

ben, einige kleinere politische Schriften mit tagesaktuellem Bezug.⁸² Zur selben Zeit begann er jedoch mit einem Buchprojekt, das ihn fast zwanzig Jahre begleiten sollte: seiner voluminösen Biographie Friedrich Naumanns.⁸³

Naumanns früher Tod im August 1919 traf ihn und seine Frau Elly schwer; er habe sie beide „des geistigen Vaters beraubt“, bekannte Heuss gegenüber seinem Doktorvater Lujo Brentano.⁸⁴ In den kommenden Jahren bemühte sich Heuss in vielfältiger Weise, das Andenken Naumanns wach zu halten, sei es mit der Herausgabe von Schriften oder Briefen Naumanns,⁸⁵ der Anbringung einer Erinnerungstafel an seinem Geburtshaus,⁸⁶ der Pflege seines Grabes in Berlin⁸⁷ oder Überlegungen zu einem „Naumann-Gedenkzimmers“ in den Räumen des „Demokratischen Clubs“ in Berlin. Letzteres lehnte er allerdings wegen der Naumann nicht gemäßen „Heroenehrung“ ab.⁸⁸ Am folgenreichsten war zweifelsohne der Umstand, dass Heuss – wohl unmittelbar nach dem Tod Naumanns – von dessen Familie mit der Ordnung und Sichtung des Nachlasses und der Abfassung einer Biographie beauftragt worden war. Schon in seiner ersten Projektskizze, die er dem Verleger Walter de Gruyter unterbreitete, wird der weit gesteckte Rahmen und die persönliche Motivation von Heuss deutlich:

„Ich habe bei dem Werk die Absicht, nicht nur die Persönlichkeit Naumanns geistig und psychologisch herauszuarbeiten, sondern ein Stück geistiger und politischer Zeitgeschichte von diesem Brennpunkte aus zu zeigen. Ich bin nun unter allen Umständen entschlossen, diese Aufgabe ernsthaft zu betreiben, gleichviel ob heute völlig unübersehbar ist, wie die buchhändlerische Lage beim Abschluß des Werkes sein wird, da ich in ihr nicht nur eine persönliche Dank<es>pflcht sehe, sondern eine wissenschaftliche Aufgabe, die in späteren Jahren und von einem Fremden nicht so wird gelöst werden können.“⁸⁹

Die Abtragung dieser „persönlichen Dankespflicht“ begann 1921 mit der Sammlung von Naumann-Briefen bei ehemaligen Freunden und Bekannten von Naumann.⁹⁰ Die Sichtung des Nachlasses und seine Ergänzung durch Korrespondenzen verfolgte Heuss auch in den folgenden Jahren,⁹¹ wenn er auch aufgrund seiner vielen anderen Tätigkeiten und Interessen immer nur „stoßweise an die Naumann-

⁸² TH. HEUSS: Zwischen Gestern und Morgen; DERS.: Deutschlands Zukunft; DERS.: Die neue Demokratie; DERS.: Kapp-Lüttwitz; DERS.: Demokratie und Selbstverwaltung; DERS.: Das Wesen der Demokratie.

⁸³ TH. HEUSS: Friedrich Naumann; zu Heuss biographischen Arbeiten vgl. E. W. BECKER, Biographie.

⁸⁴ Nr. 26.

⁸⁵ Vgl. Nr. 25, Nr. 64.

⁸⁶ Vgl. Nr. 40.

⁸⁷ Vgl. Nr. 49.

⁸⁸ Nr. 144.

⁸⁹ Nr. 42.

⁹⁰ Nr. 43.

⁹¹ Vgl. Nr. 112, Nr. 131, Nr. 154.

sachen“ kam.⁹² Nach dem Verlust seines Reichstagsmandats im Mai 1928 und nochmals im November 1932 nahm er sich jeweils fest vor, intensiver an der Naumann-Biographie zu arbeiten.⁹³ Ihre Fertigstellung gelang ihm jedoch erst 1937.

Als Vorlauf zu einer anderen monumentalen Lebensbeschreibung, der 1942 begonnenen und 1946 erschienenen Bosch-Biografie,⁹⁴ kann die 1931 von Heuss zusammengestellte und mit einer Einführung versehenen Festschrift zu Robert Bosch 70. Geburtstag gelten, bei der er auch „die Schroffheit und eigentümliche Versonnenheit“ des Wesens von Bosch zeigen wollte.⁹⁵

Politische Bildungsarbeit

Bis Ende 1921 war Heuss parallel zu seiner Redakteurstätigkeit für die „Deutsche Politik“ bezahltes Mitglied der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes. In diese Zeit fielen intensive Diskussion um die Neuausrichtung des Bundes, der sich nach Meinung vieler Künstler und Architekten zu sehr auf die imperialistischen Ambitionen des Deutschen Kaiserreichs eingelassen habe.⁹⁶ Mit dem 1919 als Ausgleichskandidat zwischen alten und neuen Strömungen zum Vorsitzenden gewählten Architekten Hans Poelzig verband Heuss eine tiefe gegenseitige Wertschätzung, die auch zu zahlreichen Begegnungen abseits der Werkbundtätigkeit führte.⁹⁷ Nach seinem endgültigen Ausscheiden aus der Geschäftsführung⁹⁸ blieb Heuss dem Werkbund weiterhin als Vorstandsmitglied verbunden, brachte seine Stimme aber erst gegen Ende der Weimarer Republik wieder stärker in die Verbandspolitik ein, als der langjährige Vorsitzende Peter Bruckmann aufgrund persönlicher Animositäten und finanzieller Ungereimtheiten zum Rücktritt gedrängt und von Ernst Jäckh abgelöst wurde.⁹⁹

Ein weiteres und umfanglicheres Projekt des am Schöneberger Ufer 36a residierenden „Jäckh-Konzerns“ war die Deutsche Hochschule für Politik. Ihre Gründung „in zahllosen Konferenzen“ bildete im Herbst 1920 Heuss’ „Hauptbeschäftigung“.¹⁰⁰ Die Anfänge der Deutschen Hochschule für Politik reichen noch bis in das letzte Kriegsjahr zurück, als Naumann eine „Staatsbürgerschule“ konzipierte,

⁹² Nr. 112.

⁹³ Vgl. Nr. 158, Nr. 222.

⁹⁴ Vgl. E. W. Becker, Biographie, S. 62–65.

⁹⁵ Nr. 179.

⁹⁶ Vgl. Nr. 23.

⁹⁷ Vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 258; später verfasste er eine Biographie über Poelzig; vgl. TH. HEUSS, Poelzig.

⁹⁸ Heuss spricht in seinen Erinnerungen davon, der Geschäftsführung bis 1924 angehört zu haben, was allerdings seit Ende 1921 auf unentgeltlicher Basis erfolgt sein muss; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 259; J. CAMPBELL, Werkbund, S. 176.

⁹⁹ Vgl. Nr. 219, Nr. 220, Nr. 222, Nr. 225.

¹⁰⁰ Nr. 36; vgl. Nr. 35.

die in erster Linie als Ausbildungsstätte für den parteipolitischen Nachwuchs des Linksliberalismus gedacht war und an der Heuss im Revolutionswinter 1918/19 gelegentlich Vorträge gehalten hatte. Nach Naumanns Tod wurde die „Staatsbürgerschule“ von Jäckh übernommen und in ihrer Konzeption wesentlich verändert. So war die Deutsche Hochschule für Politik überparteilich angelegt und wesentlich stärker akademisiert als ihre Vorläuferorganisation. Gleichwohl unterschied sie sich durch ihre heterogene Hörschaft – Heuss selbst führt „Studenten, Offiziere, Lehrer, Gewerkschaftsbeamte“ an¹⁰¹ – und ihr Lehrangebot, das auch Weiter- und Fortbildungsprogramme enthielt, in ihren Anfangsjahren deutlich von einem universitären Institut. Ihre von Heuss verfasste Gründungsdenkschrift führt für die Notwendigkeit der Hochschule insbesondere den Mangel an politischen Führern in der modernen Demokratie an,¹⁰² obwohl sich Heuss in einem Privatbrief selbst skeptisch zeigte, „ob Politik lehr- und lernbar sei“.¹⁰³

Mit der Aufnahme des Lehrbetriebs zum Wintersemester 1920/21 übernahm Heuss den Posten des Studienleiters der Deutschen Hochschule für Politik, den er bis zum Sommersemester 1925 innehatte. In dieser Eigenschaft war er für die Aufstellung des Lehrplans und insbesondere für die Gewinnung der Dozenten zuständig, die sich in den Anfangsjahren überwiegend aus Männern der politischen Praxis und Professoren der Berliner Universität rekrutierten.¹⁰⁴ Daneben hielt er Kontakt zum überparteilich zusammengesetzten Vorstand der Hochschule – Jäckh agierte als Geschäftsführender Vorsitzender – und zeichnete für Prüfungsangelegenheiten verantwortlich.¹⁰⁵ Bis 1933 gehörte Heuss zudem zum Kollegium der Hochschule und bot regelmäßig Vorlesungen und Übungen zur deutschen Parteiengeschichte, zu verfassungsrechtlichen und -geschichtlichen Themen, aber auch zu „Politischen Tagesfragen“ an.¹⁰⁶ Wohl nicht ganz zu Unrecht hielt er sich aufgrund dieser Lehrtätigkeit „für einen der besten Kenner der deutschen Parteiengeschichte“¹⁰⁷. Seine Gutachten zu Abschlussarbeiten von Studenten der Deutschen Hochschule für Politik zeigen, dass Heuss seine Lehraufgabe sehr ernst nahm und dabei bereit war, sich auch auf fremde Fachgebiete zu wagen. Vor einem deutlichen Urteil schreckte er nicht zurück und legte neben inhaltlicher Korrektheit immer auf den „literarischen“ bzw. „schriftlichen Vortrag“ Wert.¹⁰⁸

Als Folge seiner Tätigkeit für die Deutschen Hochschule in Berlin erschloss sich Heuss im Laufe der Jahre weitere Foren der politischen Bildungsarbeit.

¹⁰¹ Nr. 38.

¹⁰² Vgl. TH. HEUSS, Denkschrift.

¹⁰³ Nr. 36.

¹⁰⁴ Vgl. Nr. 44, Nr. 52, Nr. 54, Nr. 62.

¹⁰⁵ Vgl. Nr. 45, Nr. 65.

¹⁰⁶ Letzteres der Titel einer Übung von Heuss im Sommerhalbjahr 1924.

¹⁰⁷ Nr. 134.

¹⁰⁸ Vgl. Nr. 156a, Nr. 184.

Recht eng waren seine Beziehungen zur staatlichen Reichszentrale für Heimatdienst, die während der Weimarer Republik durch Vorträge und Propagandamaterial für die republikanische Idee warb. An ihren Schulungswochen beteiligte er sich als Dozent für innen- und kulturpolitische Fragen, zudem gehörte er ihrem parlamentarischen Beirat an.¹⁰⁹ Nebenprodukte seiner Vortrags- und Lehrtätigkeit waren die beiden Mitte der 1920er Jahre kurz hintereinander erschienenen historisch-politischen Werke „Staat und Volk. Betrachtungen über Wirtschaft, Politik und Kultur“ und „Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte“, die sich mit zentralen politischen Grundbegriffen auseinandersetzten und ersichtlich für einen breiteres Publikum geschrieben waren.¹¹⁰

Im Auftrag der Reichszentrale war Heuss 1929 ferner „anonymer Hersteller“ des Gedenkbuchs der Reichsregierung zum 10jährigen Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung.¹¹¹ Die Arbeit daran, für die er prominente Autoren wie Gustav Stresemann, Carl Severing oder Gustav Radbruch um Beiträge gebeten hatte, geriet für ihn zu einer Quelle des Ärgernisses. Die Zentrumspartei warf ihm eine parteiische Auswahl der ebenfalls abgedruckten historischen Dokumente vor;¹¹² mit Gustav Radbruch geriet er in einen heftigen Disput über seine redaktionellen Eingriffe, woraufhin sich Heuss bei seiner Berufsehre gepackt sah: „Ich bin schließlich auch kein Analphabet. Daß Sie der Meinung sind, ich hätte die ‚Prägnanz‘ Ihres Stiles ‚banalisiert‘, muß ich Ihnen ja lassen: über prägnanten und banalen Stil zu streiten, wird vermutlich aussichtslos sein.“¹¹³

Die Anlage des Gedenkbuches und die Auswahl der Texte und Dokumente, die von der Zeit der napoleonischen Befreiungskriege bis zur Wahl von Hindenburg zum Reichspräsidenten reichen, zeigen Heuss' Bemühen, die Weimarer Republik nicht als Bruch mit der bisherigen deutschen Geschichte erscheinen zu lassen. Schon in der Überschrift „Deutsche Einheit – Deutsche Freiheit“ klingt an, dass die junge Republik vielmehr das deutsche Grunddilemma zwischen Vollendung der staatlichen Einheit und Durchsetzung politischer Freiheit überwunden habe. Mit seinen Reden in der Paulskirche und zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes bemühte sich Heuss auch an anderer Stelle, demokratische Traditionsstränge innerhalb der deutschen Geschichte offen zu legen.¹¹⁴

¹⁰⁹ Vgl. Nr. 61.

¹¹⁰ TH. HEUSS, Staat und Volk; DERS., Politik.

¹¹¹ DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929; vgl. dazu Nr. 134, Nr. 136, Nr. 139, Nr. 143.

¹¹² Vgl. Nr. 143.

¹¹³ Nr. 136; Heuss übte außerdem Kritik an der zu parteimäßigen Darstellung der Weimarer Reichsverfassung durch Radbruch.

¹¹⁴ Vgl. Nr. 132, Nr. 199.

Der Parteipolitiker

Theodor Heuss gehörte von 1924 bis 1928 und von 1930 bis 1933 – lediglich von einer kurzen Zwangspause unterbrochen – dem Deutschen Reichstag an, anfangs für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und nach 1930 für die Deutsche Staatspartei (DStP). Zur ersten Garde der DDP-Politiker zählte er allerdings nicht. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, dass Heuss vor 1933 in irgendeiner Form „ministrabel“ gewesen wäre. Vielmehr war eine Fortsetzung seiner Laufbahn als Berufspolitiker stets prekär und von zwei Seiten bedroht: zum einen von dem schwankenden Rückhalt für Heuss innerhalb des württembergischen Landesverbandes der DDP und zum anderen von der sinkenden Wählergunst für die DDP insgesamt: Die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten reduzierte sich in kontinuierlicher Abwärtsbewegung von 75 bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 auf zwei bei den letzten freien Reichstagswahlen vom November 1932.

Einen Großteil seiner politischen Energie verwandte Heuss darauf, sich innerhalb der Partei einen aussichtsreichen Listenplatz zu erkämpfen und in unzähligen Wahlkampfreisen und -reden um Stimmen für sich und seine Partei zu werben. Angesichts der hohen Zahl vorzeitiger Reichstagsauflösungen – während der 14 Jahre des Bestehens der Weimarer Republik fanden neben der Wahl zur Nationalversammlung sieben Reichstagswahlen statt – wurden Ansätze kontinuierlicher politischer Arbeit häufiger unterbrochen, als Heuss lieb sein konnte.

Aus seinem ernüchternden Scheitern bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zog Heuss die Konsequenz, sich stärker innerhalb des württembergischen Landesverbandes zu engagieren und dort ein Netz von Vertrauensleuten aufzubauen. Dabei setzte er insbesondere auf seine engere Heimat, die Ortsgruppe Heilbronn, die seit der Übernahme des Vorsitzes der württembergischen DDP durch den Heilbronner Unternehmer Peter Bruckmann im Jahre 1921 ein großes Gewicht innerhalb des Landesverbandes hatte.¹¹⁵ Enge Kontakte knüpfte Heuss aber auch zu anderen Ortsgruppen wie beispielsweise Schwäbisch Hall und Tübingen¹¹⁶ oder zu einflussreichen Parteigrößen wie dem ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Johannes Hieber¹¹⁷ und dem der DDP nahestehenden Robert Bosch.¹¹⁸

Nach einer erneut schlechten Platzierung auf der württembergischen Kandidatenliste für die Reichstagswahlen von 1920 und dem damit verbundenen Misserfolg¹¹⁹ ergab sich 1922 kurzfristig die Chance, als Nachrücker in den Reichstag einzu-

¹¹⁵ Vgl. Nr. 29.

¹¹⁶ Vgl. Nr. 39, Nr. 163.

¹¹⁷ Vgl. Nr. 160.

¹¹⁸ Vgl. Nr. 94, Nr. 159.

¹¹⁹ Vgl. Nr. 29, Nr. 30.

ziehen. Heuss führte erneut Beschwerde über den mangelnden Rückhalt für seine Ambition; die „schwäbischen Freunde“ hätten von Anfang an das „Scharfschießen“ unterlassen und den vor ihm platzierten Hugo Herrmann nicht energisch genug zum Verzicht zugunsten von Heuss überredet. Der „Volksvertretertraum“ war erneut ausgeträumt.¹²⁰ Erst bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 gelang es ihm, das ersehnte Mandat zu erzielen. Im Sommer zuvor hatte er sich den sicheren zweiten Platz auf dem Wahlvorschlag der württembergischen DDP von der dortigen Parteiführung bestätigen lassen,¹²¹ anschließend die Vereinsvorsitzenden „bearbeitet“¹²² und einen mehrwöchigen Wahlkampf quer durch Württemberg geführt:

„sechs Wochen fast war ich von Berlin weg – Reden, Reden, Reden, dazwischen Flugblätter, Zeitungsaufsätze – nun, Sie kennen den Betrieb. Schließlich hat es doch gereicht. [...] Gesundheitlich habe ich die Sache gut durchgemacht – wäre das Wetter besser gewesen, wäre es zwischen den Blütenbäumen fast eine Erholung gewesen. Sehr solid, wenig Alkohol, aber entsetzlich viel Tabak! Nun werde ich mir den Wahlkreis festmachen – gerade meine engeren Heimatbezirke haben sich sehr gut gehalten.“¹²³

Getrübt wurde sein Erfolg lediglich von dem Umstand, dass die württembergische Liste nicht von ihm, sondern von dem Ulmer Fabrikanten Philipp Wieland angeführt worden war, mit dem Heuss bis 1930 in Württemberg in bitterer Konkurrenz stehen sollte und dessen Ablösung er mehr oder minder offen forderte.¹²⁴ Heuss befürchtete nämlich, in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Art Gegengewicht zu dem Großindustriellen Wieland und damit als Interessenvertreter der Beamten und Angestellten angesehen zu werden.¹²⁵ Welches Politikerverständnis Heuss dagegen für sich selbst in Anspruch nahm, wird deutlich in mehreren Schreiben an die Parteiführung, in denen er sich für eine Berücksichtigung seiner intellektuellen Weggefährten Kurt Riezler und Alfred Wolf aussprach: Was die Partei im Reichstag benötige, seien „Männer der Erfahrung, Bildung und inneren Unabhängigkeit“.¹²⁶

Politik war für Heuss sowohl Berufung als auch Beruf, er wollte aufgestellt und gewählt werden, weil man Vertrauen in sein intellektuelles Urteilsvermögen und in seine spezifisch politischen Fähigkeiten hatte, zu denen er in hohem Maße die Gabe der politischen Rede sowohl innerhalb des eigenen Parteimilieus als auch im Kampf mit dem politischen Gegner zählte.¹²⁷ Er sah sich weder als Ver-

¹²⁰ Nr. 49; vgl. Nr. 48.

¹²¹ Vgl. Nr. 68.

¹²² Vgl. Nr. 70.

¹²³ Nr. 77; vgl. Nr. 76.

¹²⁴ Vgl. Nr. 73, Nr. 74, Nr. 122, Nr. 123, Nr. 150, Nr. 151, Nr. 158, Nr. 160, Nr. 164.

¹²⁵ Vgl. Nr. 73, Nr. 74.

¹²⁶ Nr. 83; ähnlich Nr. 75a.

¹²⁷ In zahllosen Briefen führt Heuss die Zahl und Häufigkeit der von ihm bestrittenen Wahlkampfreden und Parteiversammlungen als Argument für sich an; vgl. als Beispiel Nr. 160. – Ein von

treter einer bestimmten sozialen Formation noch als Spezialist für bestimmte Sachfragen, sondern als Generalist, dem es sein Bildungshintergrund ermögliche, sich in alle Themen einzuarbeiten – was ihn für die Fraktion um so wertvoller mache¹²⁸ – und diese in einen politischen Gesamtrahmen zu stellen:

„Ich glaube persönlich in meiner Lebensführung wie auch in meiner politischen Stellungnahme niemals mit dem Gratttel des Akademikers aufgetreten zu sein, und wenn ich bei meinen Reden nicht so sehr den Katalog der Einzelinteressen darzubieten versuche, sondern ein politisches Gesamtbild zu zeigen, so entspricht das doch in einigem der Tradition, zu der wir uns im allgemeinen bekennen und verpflichtet fühlen.“¹²⁹

Dabei bekannte Heuss offen, kein Honoratiorenpolitiker zu sein, der *für* die Politik leben könne, sondern seine „berufliche Tätigkeit weitgehend auf die Kombination von Lehramt, Publizistik und politischer Wirksamkeit aufgebaut“ zu haben und auf die Reichstagsdiäten nicht ohne weiteres verzichten zu können.¹³⁰

Innerhalb der DDP-Fraktion lehnte Heuss gleich zu Beginn seiner Abgeordnertätigkeit alle Versuche ab, ihn einer bestimmten Richtung zuzuordnen, da er sich seine „Entscheidung je nach der inneren Gewissenhaftigkeit“ vorbehalten wolle.¹³¹ Außerdem plädierte er dafür, das Profil der DDP durch eine deutliche Abgrenzung gegenüber der SPD nach links und der wirtschaftsfreundlichen DVP nach rechts zu schärfen. Insbesondere parteiinterne Stimmen, die dafür plädierten, genuin sozialdemokratische oder gewerkschaftlichen Themen stärker in den Mittelpunkt der Parteilarbeit zu rücken, stießen auf seinen heftigen Widerstand.¹³² Auf der anderen Seite hielt er die „Liberale Vereinigung“, die langfristig auf eine Verschmelzung der beiden liberalen Parteien DDP und DVP abzielte, für „aufgelegten Unsinn“.¹³³ Erst später, nach den Wahlen von 1928, sah er Möglichkeiten, mit der DVP über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln,¹³⁴ die allerdings durch den Rechtsschwenk der DVP nach Stresemanns Tod im Oktober 1929 erschwert wurden.¹³⁵ Mit der Erosion des bürgerlichen Parteienspektrums in der Schlussphase der Weimarer Republik sollte die Frage erneut dringlich werden.

Heuss geführter Redenkalender weist für die Zeit von November 1918 bis März 1933 995 Reden und Vorträge auf; vgl. TH. HERTFELDER, *Politiker*, S. 97.

¹²⁸ Vgl. Nr. 122.

¹²⁹ Nr. 205.

¹³⁰ Ebd.; vgl. Nr. 122, Nr. 163, Nr. 222. Von 1923 bis 1930 waren die Reichstagsdiäten an die Besoldungsstufe eines Beamten gekoppelt und betragen ein Viertel des Grundgehalts eines Reichsministers; ab 1930 betrug sie monatlich 600 Reichsmark; vgl. H. BUTZER, *Diäten*, S. 391–393, 401–404.

¹³¹ Nr. 83.

¹³² Vgl. Nr. 83, Nr. 124.

¹³³ Nr. 85.

¹³⁴ Vgl. Nr. 122, Nr. 123.

¹³⁵ Vgl. L. RICHTER, *Deutsche Volkspartei*, S. 585–594.

Von den Parteiführern der DDP hielt er den 1924 zum Vorsitzenden gewählte Erich Koch-Weser für eine technisch gute Wahl, sprach ihm aber das „ethische Pathos, was eine repräsentative Parteiführung eigentlich nicht entbehren kann“, ab.¹³⁶ Vertrauter war Heuss dessen Nachfolger Hermann Dietrich, der ihm schon vor seiner Übernahme des Parteivorsitzes im Herbst 1930 als der „kenntnisreichste Mann“ innerhalb der Fraktion galt.¹³⁷ Später kritisierte er jedoch Dietrichs mangelnde Fühlung mit der Fraktion und der Partei, seine häufige Abwesenheit aus Berlin¹³⁸ und seinen „ungeschickten Wechsel von Draufgängertum und Hängenlassen“ während der parlamentarischen Agonie der DStP Ende 1932.¹³⁹ Zudem fühlte sich Heuss von Dietrich bei der Kandidatenaufstellung der Reichswahlliste im Herbst 1932 persönlich hintergangen.¹⁴⁰ Anton Erkelenz, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender eine weitere parteipolitische Größe, warf er vor, sich vor der Basisarbeit zu drücken und Parteiarbeit mit der Erstellung guter Statuten zu verwechseln.¹⁴¹ Zu den wenigen führenden DDP-Politikern, die er durchweg positiv würdigte, gehörte der langjährige Erste Bürgermeister von Hamburg Carl Petersen, Parteivorsitzender der DDP von 1919 bis 1924.¹⁴²

Der Parlamentarier

Die DDP/DStP gehörte während der Weimarer Republik fast ununterbrochen zu den Regierungsparteien. Während Heuss' erster Zeit als Parlamentarier von 1924 bis 1928 bildete die DDP die meiste Zeit den linken Flügel einer bürgerlichen Minderheitsregierung. Die Wunschkoalition der DDP, die „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum, fand dagegen seit den Reichstagswahlen von 1920 keine Mehrheit mehr. Die „Große Koalition“ unter Einschluss der DVP, die der DDP die komfortable Rolle eines Vermittlers zwischen links und rechts zuwies, regierte 1923 nur wenige Monate und dann erneut von 1928 bis 1930, also in Jahren, in denen Heuss nicht im Reichstag vertreten war. Unter den Bedingungen der seit 1930 regierenden und vom Parlament unabhängigen Präsidialkabinette stellte sich die Frage von Koalitionen nicht. Durch den Umstand, dass ihr Parteiführer Dietrich als Vizekanzler und Reichsfinanzminister in die Regierung eingebunden war, gehörte die DStP unter Reichskanzler Heinrich Brüning jedoch zu den inoffiziellen Regierungsparteien.

Zwischen 1924 und 1928 standen die DDP und damit auch Heuss wiederholt vor der Frage, in welcher Konstellation sie ihre politischen Ziele am ehesten

¹³⁶ Nr. 72.

¹³⁷ Nr. 120; vgl. Nr. 125.

¹³⁸ Vgl. Nr. 190, Nr. 200, Nr. 202.

¹³⁹ Nr. 219.

¹⁴⁰ Vgl. Nr. 217, Nr. 219, Nr. 221.

¹⁴¹ Vgl. Nr. 133.

¹⁴² Vgl. Nr. 161.

durchsetzen konnten und ob sie bereit waren, eine Umwandlung der bürgerlichen Minderheitsregierung aus Zentrumspartei, DDP und DVP in eine stabile Mehrheitsregierung unter Einschluss der rechtskonservativen und nationalistischen DNVP mitzutragen. Heuss befürwortete anfänglich den Eintritt der DDP in ein solches Mitte-Rechts- oder Bürgerblock-Kabinett, um die DNVP in die politische Verantwortung zu holen,¹⁴³ erkannte aber bald, dass der DNVP hierzu noch die außenpolitische Reife fehle.¹⁴⁴ Das Thema der Regierungserweiterung nach rechts blieb das ganze Jahr 1924 über virulent und führte im Oktober zur vorzeitigen Reichstagsauflösung und zur Abspaltung von Teilen der DDP, die dem ablehnenden Kurs der Parteileitung nicht folgen wollten. Fand Heuss bei den ausscheidenden Mitgliedern kaum „einen sachlichen Verlust“,¹⁴⁵ so komplizierte sich seine Position in den folgenden Jahren durch seine nur als bedingungslos zu bezeichnende Gefolgschaft zu Reichswehrminister Otto Gessler.

Bereits 1923 hatte Heuss dessen Reichswehrpolitik, die auf das Konzept eines der Republik neutral gegenüberstehenden und der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogenen „Staates im Staate“ hinauslief, gegenüber kritischen Stimmen aus der SPD und seiner eigenen Partei verteidigt:

„Daß Generäle politische Dummheiten machen, muß immer in Kauf genommen werden, aber aufs Ganze gesehen haben die Sozialdemokraten und auch Teile der Demokraten psychologisch eine falsche Politik geübt, wenn sie der Reichswehr gegenüber zumeist immer das Kritische heraushoben, denn sie haben dadurch das Zusammenleben von Wehrmacht und Republik häufig genug ohne Nutzen erschwert, während hier mit zarter Vorsicht vorgegangen werden muß, da ja nun die Reichswehr fast der einzig reale Machtbestand in diesem gallertartigen Staate ist.“¹⁴⁶

Trotz Vorbehalten in der eigenen Partei schien ihm Gessler „eine für Deutschland repräsentative Figur“,¹⁴⁷ die sich Heuss als Parteiführer und später sogar als Reichspräsident wünschte.¹⁴⁸ Gessler selbst wollte am Amt des Reichswehrministers unabhängig von der jeweiligen Koalitionsaussage der DDP festhalten, wovon ihm Heuss mehrfach abriet.¹⁴⁹ Fand sich für den Anspruch Gesslers im ersten Bürgerblock-Kabinett unter Hans Luther Anfang 1925 die fast groteske Lösung, dass Gessler zwar als „Fachminister“ der Regierung angehörte, die DDP sich aber nicht als Regierungspartei verstand,¹⁵⁰ so drängte der linke Flügel der DDP beim zweiten Bürgerblock-Kabinett unter Wilhelm Marx Anfang 1927 auf einen Par-

¹⁴³ Vgl. Nr. 78, Nr. 79.

¹⁴⁴ Vgl. Nr. 82.

¹⁴⁵ Nr. 83.

¹⁴⁶ Nr. 67.

¹⁴⁷ Nr. 72.

¹⁴⁸ Vgl. Nr. 90, Nr. 91.

¹⁴⁹ Vgl. Nr. 82, Nr. 106.

¹⁵⁰ Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, S. 274f.

teiausschluss Gesslers. Heuss beklagte nicht nur die wiederholten Angriffe der Parteilinken auf Gessler,¹⁵¹ sondern warnte die Fraktionsleitung explizit vor Parteiaustritten und Parteiabspaltungen in Württemberg, sollte die DDP Gessler fallen lassen.¹⁵² Seinem drohenden Ausschluss kam Gessler schließlich durch die Erklärung seines Parteiaustritts zuvor.

Koalitionen mit der SPD hielt Heuss, bei aller Kritik im Einzelnen, sowohl auf Reichs- als auch auf Landesebene stets für möglich.¹⁵³ Die Parole des „Anti-Marxismus“, mit der die DVP nach 1930 auf Stimmenfang ging, hielt er für verhängnisvoll, da sie – hier klingen deutlich die von Friedrich Naumann in dessen Schrift „Demokratie und Kaisertum“ entwickelten Vorstellungen an – „die Eingliederung der ökonomisch abhängigen Schichten in ein national betontes und lebendig bewußtes Staatsgefühl“ immer wieder erschwere und zurückwerfe.¹⁵⁴ Bürgerlich zu sein bedeutete für Heuss eben gerade nicht „anti-sozialistisch“ zu denken und zu handeln. Mit einzelnen SPD-Politikern wie Otto Landsberg verkehrte er freundschaftlich,¹⁵⁵ wie er überhaupt klagte, sich „persönlich so wohl mit vielen Sozialdemokraten wie mit manchen Deutschnationalen rascher, leichter und eindeutiger über das Notwendige einer deutschen Politik verständigen“ zu können als mit einzelnen seiner Parteiliebe.¹⁵⁶

Als württembergischer Reichstagsabgeordneter verstand sich Heuss als Scharnier zwischen der Reichstagsfraktion bzw. der Berliner Parteizentrale einerseits und dem im Stuttgart angesiedelten Landesverband andererseits. In zahlreichen Briefen, häufig an den württembergischen Generalsekretär Albert Hopf gerichtet, berichtet er detailliert über einzelne Entwicklungen innerhalb von Partei und Fraktion.¹⁵⁷ Er sah sich zwar nicht als weisungsgebunden an, wollte aber vor einer eigenen Stellungnahme im Reichstag die Stimmungslage in der Heimat erkunden und sich mit der Stuttgarter Landtagsfraktion abstimmen.¹⁵⁸ Als Folge seines intensiven Austauschs profilierte sich Heuss gegenüber der Berliner Parteizentrale als Vertreter Württembergs und brachte die dortigen Ansichten häufig in die Diskussion um zentrale Fragen der künftigen Parteitaktik ein.¹⁵⁹ Da die DDP/DStP in Württemberg sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen regelmäßig herausragende Ergebnisse erzielte, konnte die Parteiführung an deren Votum nicht ohne weiteres vorbeigehen.

¹⁵¹ Vgl. Nr. 91.

¹⁵² Vgl. Nr. 113.

¹⁵³ Vgl. Nr. 96, Nr. 123.

¹⁵⁴ Nr. 172a; vgl. Nr. 185a und F. NAUMANN, Demokratie.

¹⁵⁵ Vgl. Nr. 114.

¹⁵⁶ Nr. 124.

¹⁵⁷ Vgl. Nr. 72, Nr. 169, Nr. 185, Nr. 196, Nr. 198, Nr. 199, Nr. 203, Nr. 216.

¹⁵⁸ Vgl. Nr. 96, Nr. 190, Nr. 198.

¹⁵⁹ Vgl. Nr. 83, Nr. 113, Nr. 198, Nr. 200, Nr. 207, Nr. 216.

Das Verhältnis zwischen „der schwäbischen Partei“ und ihm betrachtete Heuss „als eine gegenseitige Treueverpflichtung“.¹⁶⁰ Umso enttäuschter reagierte er, wenn er bei wichtigen Entscheidungen des Landesverbandes nicht einbezogen wurde – dies war beispielsweise im Januar 1930 beim Eintritt der württembergischen DDP in die rechtsgerichtete Landesregierung von Eugen Bolz der Fall¹⁶¹ – oder wenn seine Spitzenkandidatur in Württemberg in Frage gestellt wurde.¹⁶² Trotz seiner zahlreichen Wahlkampfreden und Vorträge in Württemberg wurden Heuss sein Berliner Wohnsitz und seine „geistige Kultur“, die ihn von einem „Volksmann“ unterscheidet, zum Vorwurf gemacht.¹⁶³ Tatsächlich spielte er während der Weimarer Republik wohl auch aus diesem Grunde mehrfach mit dem Gedanken, nach Stuttgart überzusiedeln, sah aber die Gefahr drohen, im Parlament dann nur noch Gastrollen spielen und sich keine Stellung in der Fraktion erarbeiten zu können.¹⁶⁴

Dort beschränkte sich Heuss keineswegs auf Fragen der Kultur- und Bildungspolitik, sondern stürzte sich auch auf die „harten“ finanz- und wirtschaftspolitischen Themenfelder. So arbeitete er sich intensiv in die komplizierten „Aufwertungsfragen“¹⁶⁵ ein und beschäftigte sich mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag, wo er gegenüber einem leicht erbosten Robert Bosch die Interessen der Weinbauern über diejenigen der Exportindustrie stellte.¹⁶⁶

Heuss' gesamte Ausschuss- und Redetätigkeit kann hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden. Zweifelhaft erlangte seine Haltung bei der parlamentarischen Behandlung des sogenannten Schund- und Schmutzgesetzes im Jahre 1926.¹⁶⁷ Der Gesetzentwurf hierzu sah Einschränkungen beim öffentlichen Verkauf jugendgefährdender Schriften vor, wobei unklar blieb, nach welchen Kriterien Schriften als „Schund und Schmutz“ klassifiziert und damit indiziert werden sollten. Zahlreiche Schriftsteller protestierten deshalb lauthals gegen das geplante Gesetz, von dem sie eine Wiederkehr der Zensur befürchteten. Bei seiner Verteidigung des Gesetzesvorhabens im Reichstag schoss Heuss dann über das Ziel hinaus, als er die Proteste der Schriftsteller als belanglos abtat und behauptete,

„daß eine namenlose junge Frau, die irgendwo in einem Berliner Vorort des Ostens täglich in der sozialen Fürsorge steht, in dieser Frage, ob ein Schutzgesetz notwendig ist, mir eine größere Autorität ist als die gesamte preußische Dichterakademie.“¹⁶⁸

¹⁶⁰ Nr. 163.

¹⁶¹ Vgl. Nr. 149, Nr. 150.

¹⁶² Vgl. Nr. 158, Nr. 160, Nr. 163, Nr. 205, Nr. 217.

¹⁶³ So berichtet von Ernst Mayer; vgl. Mayer an Heuss, 31. 7. 1930, in: BAArch, N 1221, 59; vgl. Nr. 163, Nr. 205.

¹⁶⁴ Vgl. Nr. 29, Nr. 155.

¹⁶⁵ Vgl. Nr. 96.

¹⁶⁶ Vgl. Nr. 94.

¹⁶⁷ Vgl. Nr. 111.

¹⁶⁸ RT-Bd. 391, S. 8233–8237, Zitat auf S. 8234.

Ein Mitglied der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, Thomas Mann, meldete sich daraufhin umgehend bei Heuss und warf ihm vor, „die politisch-rankünösen Restaurationstendenzen“ der Zeit zu unterschätzen.¹⁶⁹ Als Konsequenz seiner Befürwortung des Gesetzes gab Heuss auch den Vorsitz des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“ ab, zu dessen 1. Vorsitzendem er erst im Vorjahr gewählt worden war.¹⁷⁰ Weniger gestört haben dürfte ihn dagegen, dass Theodor Wolff aus Enttäuschung über die DDP, die nicht, wie von Wolff erwartet, geschlossen gegen das Gesetz stimmte, aus der Partei austrat.

Heuss war ein Verfechter des parlamentarischen Regierungssystems und stand den Elementen direkter Demokratie innerhalb der Weimarer Reichsverfassung skeptisch gegenüber. Die Volkswahl von Hindenburgs zum Reichspräsidenten kommentierte er bitter mit dem Satz, dass „die Deutschen keine Dummheit unterlassen, die zu machen das Schicksal ihnen anbietet“.¹⁷¹ Vor allem hielt er aber Plebiszite für grundsätzlich ungeeignet zur Lösung der komplexen Probleme „der großräumigen Massendemokratie“. So wandte er sich sowohl 1926 gegen den Volksentscheid zur Fürstenenteignung als auch 1929 gegen das Volksbegehren gegen den Youngplan und warnte davor, „unter Demokratie das Segelstreichen vor der Demagogie“ zu verstehen.¹⁷²

Als Parlamentarier übernahm Heuss auch einige repräsentative Ämter in überparteilichen Verbänden wie etwa dem republikanischen Reichsbanner Schwarz Rot Gold,¹⁷³ dem Bund der Auslandsdeutschen oder dem Deutsch-Österreichischen Volksbund. Den stellvertretenden Vorsitz im Bund der Auslandsdeutschen bekam Heuss aufgrund seiner parlamentarischen Beschäftigung mit der Frage der Entschädigung der sogenannten verdrängten Grenzlands- und Auslandsdeutschen angetragen, also derjenigen Deutschen, die vor 1918 in den durch den Friedensvertrag von Versailles vom Deutschen Reich abgetretenen Gebiete gelebt hatten.¹⁷⁴ Aus dem rechtslastigen Bund hätte sich Heuss nach kurzer Zeit fast wieder zurückgezogen; 1926 begrüßte nämlich der Bund der Auslandsdeutschen explizit die neue Flaggenverordnung, mit der die republikanische schwarz-rotgoldene Reichsflagge im Ausland von der schwarzweißroten, an das Kaiserreich erinnernden Handelsflagge begleitet und damit abgewertet wurde.¹⁷⁵ Wie viele andere DDP-Abgeordnete gehörte Heuss ferner dem Vorstand des Deutsch-Österreichischen Volksbundes an, der auf einen Anschluss Deutsch-Österreichs

¹⁶⁹ Mann an Heuss, 17. 12. 1926, in: BArch, N 1221, 381.

¹⁷⁰ Vgl. Nr. 107, Nr. 111.

¹⁷¹ Nr. 93; bereits 1919 hatte Heuss für eine Wahl des Präsidenten durch das Parlament statt durch direkte Volkswahl plädiert; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 120.

¹⁷² Nr. 138; vgl. Nr. 108.

¹⁷³ Vgl. Nr. 106.

¹⁷⁴ Vgl. Nr. 102, Nr. 117, Nr. 140.

¹⁷⁵ Vgl. Nr. 105; zum Flaggenstreit vgl. W. RIBBE, Flaggenstreit.

an das Deutsche Reich hinarbeitete.¹⁷⁶ Seine Beschäftigung mit diesem Themenkomplex reicht bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik zurück, denn bereits Heuss' vehemente Ablehnung des Versailler Vertrags gründete auch in dem darin formulierten Anschlussverbot, gegen das er in den folgenden Jahren wiederholt in Briefen, aber auch emotional aufgeladenen Reden und Aufsätzen Stellung bezog.¹⁷⁷

Realistischer war seine Haltung bei der Frage der Deutschland auferlegten Reparationsleistungen. Eine konstruktive Haltung zum Dawes- und später zum Youngplan war ihm nicht nur Lackmустest für die Regierungsfähigkeit der rechtsgerichteten Parteien.¹⁷⁸ Vielmehr verteidigte er gerade die lange Laufzeit des Youngplans und damit die Streckung der Reparationszahlungen gegen das „dumme“ und „sentimentale“ Gerede von der „Versklavung“ der Enkel mit dem Hinweis auf die faktische Reduktion der zu zahlenden Summe durch die Inflation und mit der Notwendigkeit, der jetzigen Generation eine wirtschaftliche Zukunft aufzuzeigen.¹⁷⁹

Diese Stellungnahme aus dem Jahre 1929 fiel bereits in die zweijährige Reichstagsabstinz von Heuss. Aufgrund des Stimmenrückgangs für die DDP bei den Reichstagswahlen von 1928 hatte er sein Mandat nicht verteidigen können. Die unfreiwillige Unterbrechung seiner politischen Laufbahn überbrückte er durch seine verstärkte Beschäftigung mit Buchprojekten wie der oben erwähnten Naumannbiographie oder dem Gedenkbuch der Reichsregierung. Zusätzlich übernahm er einen Auftrag der Historischen Reichskommission, für die er Politiker wie Wilhelm Marx und Friedrich von Payer um ihre Erinnerungen zu historisch-politischen Ereignissen bat.¹⁸⁰

Krise der Partei und des Parteienstaats

Das Ende der Großen Koalition im März 1930, der darauf folgende Übergang zum Präsidialregime und die Auflösung des Reichstags im Juli markieren eine der tiefsten Zäsuren in der Geschichte der Weimarer Republik.¹⁸¹ Die politische Entscheidungsfindung verlagerte sich aus dem Parlament heraus und beruhte hinfort auf dem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Reichspräsident und Reichskanzler, der einem sich überparteilich gebenden bürokratischen Notverordnungsregime vorstand. Unter der Androhung der wiederholten Reichs-

¹⁷⁶ Vgl. Nr. 100, Nr. 102; zur Haltung der DDP zur Anschlussfrage und zu ihren anderen nationalstaatlichen Revisionszielen vgl. J. C. HESS, Deutschland, S. 184–251.

¹⁷⁷ Vgl. Nr. 24, Nr. 100; zu Heuss' Haltung im Zusammenhang vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 150–163.

¹⁷⁸ Vgl. Nr. 82, Nr. 137, Nr. 138.

¹⁷⁹ Vgl. Nr. 137.

¹⁸⁰ Vgl. Nr. 142, Nr. 146.

¹⁸¹ Vgl. A. WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 33f.

tagsauflösung wurden die Parteien dazu gebracht, diese Praxis zu akzeptieren, sofern sie von diesen ohnehin nicht als alternativlos angesehen wurde. Denn die Rückkehr zum Parlamentarismus war durch den enormen Stimmenzuwachs der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom September 1930 blockiert, der jede vernünftige Koalitionsbildung ausschloss.

Schon im Vorfeld der Wahlen war abzusehen, dass die bürgerlichen Parteien, insbesondere die DDP und die DVP, weitere Stimmverluste zu gewärtigen hatten. So setzte unmittelbar mit der Auflösung des Reichstags eine hektische Phase des Verhandeln ein, um beide liberale Parteien und einige links von der DNVP angesiedelte Splitterparteien stärker aneinander zu binden oder sogar zu vereinigen. Auch Heuss plädierte für eine Annäherung in Form eines gemeinsamen Reichswahlvorschlages von DDP und DVP, angeregt durch die Tatsache, dass beide Parteien in Württemberg seit ihrem gemeinsamen Regierungseintritt im Januar 1930 einvernehmlich gearbeitet hatten.¹⁸² Der Parteiführer Koch-Weser schlug jedoch mit der Gründung der Deutschen Staatspartei, in der die DDP, die Volksnationale Reichsvereinigung und ein Teil der eher der DVP zuneigenden jungliberalen Clubbewegung aufgingen, einen anderen, in der Partei heftig umstrittenen Weg ein.¹⁸³ Heuss folgte zwar Koch-Weser und konzedierte ihm sogar das Recht zum innerparteilichen „Staatsstreich“,¹⁸⁴ wollte aber die Tür zu weiteren Zusammenschlüssen und Kooperationen, anders als Koch-Weser, offen halten:

„Ich für meine Person würde die Tatsache eines meinethalben auch inhaltslosen gemeinsamen Wahlaufrufs begrüßt haben, denn er würde als Überbrückung des Parteienpartikularismus und als Bekundung eines bürgerlichen Machtwillens zunächst psychologisch gewirkt haben.“¹⁸⁵

Auf Befremden und auch Ablehnung stieß bei vielen Parteimitgliedern der Pakt mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, die ihre Ursprünge in der bündischen Bewegung des Jungdeutschen Ordens hatte und antisemitische Züge trug. Heuss betonte dagegen die Chancen, die für die DDP in dieser Öffnung zur Jugend beständen, und erinnerte in historischer Parallele an das Misstrauen, welches eine Generation zuvor dem Stöcker-Schüler und Antikapitalisten Friedrich Naumann entgegenschlug, als dieser mit seiner national-sozialen Bewegung dem linksliberalen Freisinn beitrug.¹⁸⁶ Umso enttäuschter zeigte sich Heuss, als die Volksnationalen kurz nach der Wahl nach Querelen über die politische Ausrichtung der neuen Partei ihren Austritt verkündeten, was er als „ungewöhnliches Maß von

¹⁸² Vgl. Nr. 149, Nr. 150, Nr. 158, Nr. 162.

¹⁸³ Vgl. Nr. 159.

¹⁸⁴ Nr. 161. Koch-Weser hatte die Parteigremien bei seinem Vorgehen vor vollendete Tatsachen gestellt.

¹⁸⁵ Nr. 162.

¹⁸⁶ Vgl. Nr. 159, Nr. 162.

sachlicher und menschlicher Illoyalität“ empfand.¹⁸⁷ Denn durch den Austritt der „Jungdo-Leute“ war der Fraktionsstatus der DStP akut gefährdet; lediglich durch den späteren Übertritt eines Mitglieds der Deutschen Bauernpartei konnte sie die notwendige Anzahl von 15 Abgeordneten erreichen und damit ihre Vertretung in den parlamentarischen Arbeitsausschüssen sicherstellen.¹⁸⁸

In den Jahren bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Januar 1933 sondierte Heuss immer neue Kombinationen, die Restbestände der bürgerlichen Mittelparteien einander anzunähern und sie damit aus der Bedeutungslosigkeit herauszuholen. Seine Hoffnungen, mit der DVP in ein engeres Verhältnis zu kommen, erlitten allerdings im Oktober 1931 einen herben Rückschlag, als die DVP auf die Seite von NSDAP und DNVP wechselte und sich einem Misstrauensvotum gegen Reichskanzler Brüning anschloss.¹⁸⁹ Auch spätere Verhandlungen scheiterten regelmäßig an der Forderung der DVP, bei der eventuellen Neugründung einer bürgerlichen Partei auch die DNVP miteinzubeziehen. Um diesen Preis kam eine Einigung für Heuss jedoch nicht in Frage:

„Aber wenn ich aus den mannigfachen Berichten über die Konferenzen mir ein Bild machen kann, möchte die eine Gruppe eine bürgerliche Partei stellen, die sich à la suite der Regierung Papen und der Nationalsozialisten fühlt. Die andere Gruppe will aus dem Bürgertum das noch herausholen, was sich nicht der Suggestion unterwirft und sich gegen Generalspolitik und halbsozialistische Experimente wehrt.“¹⁹⁰

Schließlich folgten die verschiedenen Landtags-, Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen im Jahr 1932 so schnell aufeinander, dass die Sondierungsgespräche nie über Verhandlungen zu Listenverbindungen und Fraktionsgemeinschaften hinauskamen.¹⁹¹ Stimmen innerhalb der eigenen Partei, die DStP aufzulösen, um so Platz für eine Neugründung zu schaffen, wehrte Heuss mit dem Argument ab, so die noch relativ starken Bastionen der Partei in Württemberg und Hamburg zu untergraben.¹⁹² Nachdem eine weiter gefasste Umbildung der Parteienlandschaft nicht vorankam, reduzierte sich für Heuss die Alternative schließlich auch auf „Weiterführen oder Neuaufbau der linksbürgerlichen Mitte“.¹⁹³

Die Wähler hatten zu diesem Zeitpunkt ihr Urteil über die DStP schon längst gefällt. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 erzielte sie lediglich vier, bei den Wahlen vom November 1932 nur noch zwei Mandate. Heuss sah sich bei diesen letzten freien Reichstagswahlen zudem von der Parteiführung im Reich

¹⁸⁷ Nr. 171; vgl. Nr. 169.

¹⁸⁸ Vgl. Nr. 170.

¹⁸⁹ Vgl. Nr. 185a.

¹⁹⁰ Nr. 201.

¹⁹¹ Vgl. Nr. 201, Nr. 202, Nr. 203, Nr. 216.

¹⁹² Vgl. Nr. 198.

¹⁹³ Nr. 218.

und in Württemberg um einen sicheren Listenplatz betrogen.¹⁹⁴ Unter diesen Umständen wies er Überlegungen, ihm das Amt des Parteiführers anzutragen, sofort zurück.¹⁹⁵ Auf Reichsebene hielt er zum Jahreswechsel 1932/33 die Zeit der DStP für abgelaufen und glaubte, „daß die Partei isoliert in naher Zeit nicht noch einmal in den Kampf geführt werden“ könne.¹⁹⁶

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Im Reichstagswahlkampf des Jahres 1930 geriet Heuss erstmals in direkte Konfrontation mit der nationalsozialistischen Bewegung. Als Wahlkämpfer und Redner schien ihm dabei eine erfolgreiche politische Auseinandersetzung nicht nur eine Frage der Argumente, sondern auch eine der bürgerlichen Courage zu sein. Typisch hierfür ist sein Bericht von einer Wahlkampfveranstaltung in Bad Mergentheim, bei der er und der örtliche Parteivorsitzende einen nationalsozialistischen Störtrupp „gleich dermaßen schwäbisch anfaßten, daß sie nach einigem Geschrei völlig still wurden“.¹⁹⁷ Ähnlich forderte er ein Jahr später, dass man „gerade den Nationalsozialisten ganz primitiv zeigen muß, daß man gegenüber ihrem massierten Gefühl der Herrschaft keine Angst hat. Man hilft damit auch einer teilweise eingeschüchterten Gesellschaft über feige Empfindung hinweg.“¹⁹⁸

Angeregt von einer Rede in Tübingen gab die Union Deutsche Verlagsgesellschaft im März 1931 bei Heuss eine Darstellung des Nationalsozialismus in Auftrag, die Anfang 1932 unter dem Titel „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ erschien.¹⁹⁹ Heuss konzipierte sie nicht als Wahlkampfbroschüre, sondern bemühte sich um eine Darlegung von Ideologie und Zielsetzung der NSDAP und ihres Parteiführers. „Ohne laute Polemik, eine sachliche Auseinandersetzung, mit ziemlich viel Ironie durchsetzt“, so fasste er selbst die Intentionen seiner Schrift zusammen, als deren Publikum er vor allem Studenten im Auge hatte, die ihm offenbar besonders anfällig für den Nationalsozialismus schienen.²⁰⁰ Seine Studie war das erste einschlägige Buch zum Thema²⁰¹ und wurde in drei Sprachen übersetzt. Der von Heuss verfolgte Ansatz, durch die Analyse ihrer wichtigsten Schriften so etwas wie eine Programmatik der NSDAP herauszuarbeiten und damit einen Beitrag zur „deutschen Parteiengeschichte“ zu liefern,²⁰² ließ dabei zwangsläufig die revolutionäre Dynamik der

¹⁹⁴ Vgl. Nr. 217, Nr. 219, Nr. 220, Nr. 221.

¹⁹⁵ Vgl. Nr. 224.

¹⁹⁶ Nr. 226.

¹⁹⁷ Nr. 166.

¹⁹⁸ Nr. 176.

¹⁹⁹ Vgl. Nr. 186; TH. HEUSS, Hitlers Weg.

²⁰⁰ Nr. 193; vgl. Nr. 195.

²⁰¹ So E. JÄCKEL, Einleitung, S. XXXVIII.

²⁰² TH. HEUSS, Hitlers Weg, Vorbemerkung.

NS-Bewegung nicht ausreichend in sein Blickfeld geraten.²⁰³ Zudem verkannte Heuss sowohl die politischen Fähigkeiten Hitlers – „Der Kerl ist einfach, auf sich selber gestellt, feig“²⁰⁴ – als auch, befangen durch seine „wohlbürgerliche Erziehung“, wie Heuss selbst rückblickend einräumt, das Maß an Brutalität, zu der die NS-Bewegung fähig war.²⁰⁵ Damit stand er keineswegs allein. Typisch für die Unterschätzung der NSDAP innerhalb der bürgerlichen Parteien waren Gedankenspiele der DStP, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen und sie dort „abwirtschaften“ zu lassen. Heuss erteilte diesen Planspielen eine Absage, allerdings nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil er dadurch die außenpolitische Stabilität gefährdet sah.²⁰⁶

Mit den Wahlen vom Juli 1932, bei denen die NSDAP stärkste Fraktion im Reichstag wurde, sah Heuss ihren Zenit überschritten. Aber auch wenn sie bei künftigen Wahlen Verluste einfahren werde, warnte er davor, sich auf einen „raschen Schwund“ der Nationalsozialisten einzustellen. Denn neben „dem Treibholz, was ihnen von der Zeit zugeschwemmt wurde“, stehe ein Apparat, „der für Tausende von Menschen heute Inhalt auch ihres beruflichen Seins geworden ist.“²⁰⁷ Durch den Austritt Gregor Strassers im Dezember 1932 schien ihm die NSDAP aber entscheidend geschwächt,²⁰⁸ und bei möglichen Neuwahlen sah er sogar eine Chance, dass die bürgerlichen Gruppierungen links von der DNVP als „anonyme Regierungspartei“ des Reichskanzlers Kurt von Schleicher den Weg zurück aus der politischen Bedeutungslosigkeit fänden.²⁰⁹

Da zu seinen politischen Weggefährten, Freunden und Briefpartnern zahlreiche Juden gehörten, zeigte er sich vom Antisemitismus der NSDAP besonders beschämt.²¹⁰ Dass er selbst von den Nationalsozialisten 1930 als einwandfreier „Rassejude“ bezeichnet wurde, belustigte ihn dagegen eher²¹¹ – ganz im Gegensatz zu dem mit ihm befreundeten Politiker und Historiker Walter Goetz, der sich gegen eine ähnliche Behauptung gerichtlich zur Wehr setzte. Auch als ihn 1932 ein örtliches NSDAP-Blatt als „Freimaurer und Jude“ begrüßte, sah Heuss von einer Beleidigungsklage ab,

„da ich unter den persönlichen und politischen Freunden sehr viele habe, die sowohl Jude als Freimaurer sind, und ich mich an sich ja natürlich nicht in die Lage bringen möchte, daß solche Begriffe oder Tatsachen als Beleidigungen angesehen werden“.²¹²

²⁰³ Vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 177–191.

²⁰⁴ Nr. 223.

²⁰⁵ Heuss an Alfred Wiener, 22. 4. 1951, in: BArch, N 1221, 216; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 190f.

²⁰⁶ Vgl. Nr. 190, Nr. 193.

²⁰⁷ Nr. 212; vgl. auch Nr. 227.

²⁰⁸ Vgl. Nr. 226, Nr. 227.

²⁰⁹ Nr. 226.

²¹⁰ Vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 183.

²¹¹ Vgl. Nr. 192, Nr. 195.

Familie und Freunde

Eine Aufteilung in politische Korrespondenz und persönliche Korrespondenz ist bei Heuss kaum möglich. Gerade weil der familiäre Rückhalt für ihn von elementarer Bedeutung war, ließ er seine Familie an all seinen Lebensbereichen teilhaben. So gehören zu den wichtigsten Briefpartnern der Weimarer Jahre seine Ehefrau Elly Heuss-Knapp, sein Schwiegervater Georg Friedrich Knapp und zunehmend auch sein Sohn Ernst Ludwig Heuss.

Das Ehepaar Heuss sah sich desöfteren über Wochen hinweg nicht und hielt in dieser Zeit über einen intensiven, mitunter fast täglichen Briefaustausch Kontakt. Grund hierfür waren nicht nur die ausgedehnten Wahlkampfreisen von Theodor Heuss, sondern auch zahlreiche Kuraufenthalte seiner Ehefrau. Vor allem Elly Heuss-Knapp bestand in dieser Zeit darauf, über die wichtigsten Ereignisse auf dem Laufenden gehalten zu werden und zeigte sich enttäuscht und manchmal sogar ungehalten, wenn ihr Mann seinen Briefpflichten nicht nachkam. So endeten ihre Briefe schon einmal mit der bündigen Aufforderung: „Lebwohl. Rauche wenig, iss viel, trink nix. Schreib!“²¹³ Selbst wenn die Briefe an seine Frau politische Themen zum Inhalt hatten, unterscheiden sie sich von dem häufig etwas atemlosen Ton seiner sonstigen politischen Korrespondenz und liefern mitunter kleine, reizvolle Miniaturen. Andere Briefe geben Einblicke in die Probleme des Alltags und schildern Besuche bei ihrem gemeinsamen weitgestreckten Bekannten- und Freundeskreis.

Gelegentlich gönnte sich Heuss Urlaub von Familie und Beruf und unternahm alleine Reisen in die Alpen, auf den Balkan oder nach Italien,²¹⁴ von denen er seiner Frau humorvolle und auch sehnsuchtsvolle Briefe, wie beispielsweise 1928 aus Venedig, schrieb:

„Es ist im übrigen von der unendlichen Fülle des Schönen und Anmutigen nichts im einzelnen zu berichten – die Aufnahme der Eindrücke diesen Morgen vollzog sich nicht ganz einfach, weil ich immer an Dich dachte, und zwar nicht an die freundwillige Mitgenießerin schöner Bilder, sondern an das schöne Bild selber. Hast Du die Liebkosung von Seele und Leib gespürt?“²¹⁵

Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp waren aber auch eine politische und literarische Arbeitsgemeinschaft. So berieten und halfen sie sich etwa gegenseitig bei ihren Buchprojekten.²¹⁶ Zu Beginn der Weimarer Republik – Elly Heuss-Knapp gehörte wie ihr Mann der DDP an – standen ihre Chancen, ein Mandat

²¹² Nr. 215.

²¹³ Heuss-Knapp an Heuss, 19. 8. 1930, in: FA Heuss, Basel.

²¹⁴ Vgl. Nr. 53, Nr. 101, Nr. 129, Nr. 130.

²¹⁵ Nr. 130.

²¹⁶ Vgl. Heuss-Knapp an Heuss, 21. 5. 1926, in: FA Heuss, Basel; vgl. Nr. 104, Nr. 110.

für die Nationalversammlung zu erzielen, sogar besser als die seinigen.²¹⁷ In späteren Jahren versuchte Heuss den Bekanntenkreis seiner Ehefrau, der vor allem in das theologisch-evangelische Milieu hineinreichte, für die DDP/DStP bzw. seine eigene Kandidatur zu gewinnen.²¹⁸

Auch mit seinem 1926 verstorbenen Schwiegervater Georg Friedrich Knapp liegt ein dichter Briefwechsel vor, der von Seiten Heuss' allerdings weniger vertraut und in verehrungsvollerem Ton gehalten ist. Knapp, der bis 1918 an der Universität Straßburg unterrichtet und zu den Leitfiguren des sozialen Liberalismus gehört hatte, war nach der Abtretung des Elsass zur Übersiedelung nach Deutschland gezwungen. Heuss sah es als selbstverständliche Pflicht an, Knapp in diesen schwierigen Nachkriegsjahren in jeder ihm möglichen Form zu unterstützen.²¹⁹

Ernst Ludwig Heuss, der 1910 geborene Sohn, war seit 1926 im Landschulheim Holzminden am Solling untergebracht. Seine Eltern besuchten ihn dort so häufig wie möglich und legten großen Wert auf regelmäßige „Berichtsbriefe“. Heuss führte seinen Sohn behutsam an politische Problemstellungen heran, berichtete etwa von seiner Parlamentsarbeit oder stellte seinen Rat bei staatsbürgerlichen Referaten zur Verfügung.²²⁰ Auch nachdem Ernst Ludwig Heuss 1930 ein Studium aufgenommen hatte, tauschte der Vater sich regelmäßig mit seinem Sohn aus und war froh, als dieser sich endgültig für Jura entschied, „nachdem er sich zunächst in die von mir mißtrauisch betrachtete Soziologie verirrt hatte“.²²¹ Gegen Ende der Weimarer Republik spielte sein Sohn mit dem Gedanken, in die SPD einzutreten, worauf Heuss ebenso betroffen wie verunsichert reagierte:

„Ich fühle mich auch in einer schwachen Position, weil ich als junger Mensch ja eine andere politische Meinung hatte als mein Vater, und weil ich nicht recht weiß, was ich ihm Glänzendes über die Staatspartei sagen kann. Ich kann ihm nur Bosheiten über die Sozialdemokraten sagen.“²²²

Adressat dieser Klage war Friedrich Mück, sein wohl engster und ältester Freund, der als Bankdirektor in Heilbronn lebte. Mück sorgte als einflussreiches DDP-Mitglied nicht nur dafür, dass Heuss über Interna des württembergischen Landesverbandes gut informiert war, sondern beriet das Ehepaar Heuss auch in finanziellen Dingen und bei anderen lebenspraktischen Problemen.²²³ Besonderes

²¹⁷ Vgl. Nr. 18.

²¹⁸ Vgl. Nr. 73, Nr. 218.

²¹⁹ Vgl. Nr. 38, Nr. 59, Nr. 66.

²²⁰ Vgl. Nr. 115, Nr. 118, Nr. 119.

²²¹ Nr. 192; vgl. Nr. 204.

²²² Nr. 225.

²²³ Die im Nachlass von Heuss enthaltene Korrespondenz zwischen Heuss und Mück enthält mehr als zweihundert Schreiben, wobei die Schreiben von Mück an Heuss deutlich überwiegen; vgl. BArch, N 1221, 269.

Vergnügen bereitete es dabei sowohl Heuss als auch Mück, per Stenografie zu korrespondieren. Als sein Freund Ende 1931, ausgelöst durch die wirtschaftliche Krisensituation, in so tiefe Depression verfiel, dass er sich in eine psychiatrische Klinik einweisen ließ, war Heuss tief betroffen und nahm an seinem Schicksal mit warmen Worten Anteil.²²⁴

Das Werden und Wachsen einer anderen lebensbestimmenden Freundschaft lässt sich quer durch den Briefband verfolgen. Gemeint ist diejenige zu dem österreichischen Nationalökonom und Publizisten Gustav Stolper. Auf ein erstes Aufeinandertreffen in Wien, bei dem sich Heuss bereits sicher war, dass es „dort und hier seine Wiederholung finden wird“,²²⁵ folgten ein reger Briefwechsel und bald auch gemeinsame Reisen. Aus dem „Lieben Stolper“ wurde der „Liebe Freund“ – immer noch gesiezt – und schließlich der „Liebe Gustav“. Die Freundschaft erstreckte sich bald auch auf die jeweiligen Ehefrauen; Toni Stolper wurde zudem 1924 als regelmäßige Mitarbeiterin für die „Deutsche Nation“ gewonnen.²²⁶ Mit der Übersiedlung des Ehepaares Stolper nach Berlin im Jahr 1925 wurden die Kontakte so eng, dass sie kaum mehr briefliche Spuren hinterlassen. Heuss arbeitete seitdem nicht nur, wie oben erwähnt, für den „Deutschen Volkswirt“ von Stolper, sondern man saß von 1930 bis 1932 auch gemeinsam für die DStP im Reichstag.

Das Wiener Zusammentreffen zwischen Heuss und Stolper war von Friedrich Naumann angeregt worden,²²⁷ und auch viele andere Briefpartnerschaften verweisen in der einen oder anderen Weise auf das um Friedrich Naumann gebildete Freundschafts- und Bekanntschaftsgeflecht. Zum Naumann-Kreis, den das Bekenntnis zum nationalen Machtstaat, verbunden mit der Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, einte, gehörten als Naumanns Weggefährten – und Briefpartner von Heuss – etwa Martin Rade oder Paul Rohrbach und als Multiplikator der Naumann'schen Ideen an erster Stelle Ernst Jäckh, der, wie Heuss in seinen Erinnerungen zu Recht festhält, „ein paarmal Weichensteller meines äußeren Schicksals gewesen ist“.²²⁸ Für Heuss bildete die Zugehörigkeit zum Naumann-Kreis einen unablösbaren Bestandteil seines persönlichen und politischen Werdegangs und zugleich ein auf den ersten Blick nicht sichtbares, aber doch untrügliches Erkennungszeichen politischen Gleichklangs; er vermerkte selbst, wenn sich ein Hotelbesitzer ihm gegenüber als alter „Naumannianer“ zu erkennen gab.²²⁹ Zum Teil überschnitten sich die Freunde

²²⁴ Vgl. Nr. 187, Nr. 193.

²²⁵ Nr. 12.

²²⁶ Vgl. Nr. 80.

²²⁷ Vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 224.

²²⁸ Ebd., S. 216; zur Unterscheidung in Weggefährten und Multiplikatoren innerhalb des Naumann-Kreises vgl. U. KREY, Demokratie, S. 77f.

²²⁹ Vgl. Nr. 106.

und Bekanntschaften aus dem Naumann-Kreis mit Kommilitonen und akademischen Lehrern, die Heuss noch während seiner Münchner Studienzeit kennen gelernt hatte. So blieb der Kontakt zu seinem Doktorvater Lujó Brentano und zu dem damaligen Privatdozenten Walter Goetz zeitlebens eng und wandelte sich vom „Schülerverhältnis“ zur „Freundschaft“.²³⁰ Es spricht aber für sein besonderes Talent, Freundschaften zu pflegen – und sein wichtigstes Medium dazu waren Briefe –, wenn auch Jahrzehnte nach dem gemeinsamen Studium ehemalige Studienfreunde wie Willy Andreas, Julius Bab oder Wilhelm Cohnstaedt nicht aus seinem Blickfeld gerieten.

So konnte sich Heuss auch sicher sein, dass ihn der erneute Verlust des Reichstagsmandats im November 1932, obwohl schmerzlich in seinen Begleitumständen, nicht von den für ihn wichtigen Diskussionszusammenhängen abschneiden würde. Er selbst trug die Situation mit einigem Humor. Das familiäre Leben stehe eben jetzt „in der Tendenz heroischer Sparsamkeit. Ich habe mich zum Beispiel gestern auf eine Zigarre beschränkt, und Elly ist entschlossen, auf den Kuchen beim Nachmittagskaffee zu verzichten.“²³¹ Zudem schien seine Arbeit für die Deutsche Hochschule für Politik vorerst ungefährdet, da sich Jäckh, „schlau wie er ist“, schon „auf die Naziherrschaft eingerichtet“ habe.²³² Mit Radiovorträgen, wissenschaftlichen Artikeln und Publikationen sah Heuss genügend Arbeitsvorhaben vor sich liegen; außerdem „muß und kann ja wohl mit der Naumannarbeit ernstlich begonnen werden“.²³³ So gilt der letzte hier abgedruckte Brief, eine Woche vor der Machtübertragung an Hitler verfasst und an einen nicht näher bekannten Dr. Friedrich adressiert, erneut Friedrich Naumann und der Frage, woran sich politischer Erfolg messen lasse:

„Das Problem des ‚erfolglosen‘ Politikers bleibt immer in dem Sinn offen, als die Frage offen bleibt: was ist politischer Erfolg, und hier wird der Standpunkt des Betrachtenden, der Zeitpunkt des Betrachtens und der Zeitabschnitt des Betrachteten immer wesentlich sein.“²³⁴

Danksagung

Die Planung und Durchführung eines so anspruchsvollen und umfangreichen Projekts wie das der Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ ruht auf vielen Schultern. Für die fortwährende Unterstützung und wohlwollende Begleitung danke ich dem Kuratorium der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, bis 2006 unter dem Vorsitz von Lord Ralf Dahrendorf, seit 2007 von Dr. Wolf-

²³⁰ Vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 315.

²³¹ Nr. 222.

²³² Nr. 223.

²³³ Nr. 222.

²³⁴ Nr. 229.

gang Gerhard MdB, außerdem dem Vorstand unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch sowie dem wissenschaftlichen Beirat, bis 2006 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dieter Langewiesche, seit 2007 von Prof. Dr. Andreas Wirsching. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Thomas Hertfelder, hat regen Anteil an dem Projekt genommen und bei zahlreichen Fragen und Problemen sachkundig zur Seite gestanden.

Mein besonderer Dank gilt dem wissenschaftlichen Leiter des Editionsprojektes, Dr. Ernst Wolfgang Becker, sowie dem Editionsbeirat, der sich aus dem wissenschaftlichen Beirat konstituiert hat und dem Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing, Prof. Dr. Angelika Schaser und Prof. Dr. Andreas Wirsching angehören. Dieses Gremium hat auf zahlreichen Sitzungen mit der Editionsleitung, der Geschäftsführung und den Bearbeitern das Editionsprojekt kritisch und konstruktiv begleitet und einen wichtigen Beitrag bei der Formulierung von Editionsrichtlinien geleistet. Zudem haben einzelne Editionsbeiräte besondere Verantwortung für die Begutachtung einzelner Bände der Briefreihe übernommen. Für den vorliegenden Band danke ich besonders Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig für den kritischen und äußerst hilfreichen Austausch über die Briefauswahl sowie über inhaltliche Belange. Auch der fruchtbare Kontakt zu den Bearbeitern der anderen Bände ist dem Projekt zugute gekommen.

Der Lektüre des Manuskripts haben sich dankenswerterweise Dr. Ernst Wolfgang Becker, Dr. Frieder Günther, der Bearbeiter des Bandes der Briefe 1892–1917, und Prof. Dr. Jürgen C. Heß unterzogen. Ihnen allen danke ich für ihre zahlreichen Hinweise und Anregungen. Bei Verena Lehmbruck, Rebecca Schaarschmidt und Florian Burkhardt bedanke ich mich für ihre Mithilfe bei der Überprüfung der Abschriften und der Erstellung der Kurzbiographien für das Personenregister.

Dieses Editionsprojekt hätte nicht auf diese Weise durchgeführt werden können, wenn nicht zahlreiche öffentliche Archive, Bibliotheken und andere Einrichtungen sowie Privatpersonen so hilfreich mitgewirkt hätten. An erster Stelle möchte ich Ursula Heuss-Wolff und Dr. Ludwig Theodor Heuss für den Vertrauensbeweis danken, aus ihrem Familienarchiv in Basel die so wichtige Privatkorrespondenz von Theodor Heuss mit seinem Schwiegervater, mit seiner Frau und seinem Sohn für das Projekt beizusteuern. Darüber hinaus gilt mein Dank insbesondere den Leitungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern folgender Einrichtungen und Privatpersonen, von denen Briefe in dem vorliegenden Band zum Abdruck gekommen sind: Antiquariat AJM (Göttingen), Architektursammlung der Berlinischen Galerie (Berlin), Archiv der Robert Bosch GmbH (Stuttgart), Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (München), Archiv des Leo Baeck Institutes (New York), Archiv des Liberalismus (Gummersbach), Bundesarchiv (Koblenz/Berlin), Deutsches Kunstarchiv des Germanischen Nationalmuseums (Nürnberg), Deutsches Literaturarchiv (Marbach a. N.), Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin),

Goethe- und Schiller-Archiv (Weimar), Hauptstaatsarchiv Düsseldorf bzw. Prof. Dr. Jürgen Becker (GEMA), Historisches Archiv der Stadt Köln, Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt a. M.), Karl Ernst Osthaus-Museum (Hagen), Landesarchiv Baden-Württemberg/Badisches Generallandesarchiv (Karlsruhe), Landesarchiv Baden-Württemberg/Hauptstaatsarchiv (Stuttgart), Landesarchiv Berlin, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), Privatarchiv Hans Bruckmann (Heilbronn), Privatarchiv Elsbeth Haule (Heilbronn), Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Stadtarchiv Mannheim, Stadtarchiv Stuttgart, Stadtarchiv Ulm, Universitätsarchiv Tübingen, Universitätsbibliothek Marburg, Württembergische Landesbibliothek (Stuttgart). Zahlreiche Stadtarchive gaben zudem bereitwillig Auskunft bei der Suche nach Angaben für das biographische Personenregister.

Und schließlich geht mein Dank an den Verleger Prof. Dr. h.c. mult. Klaus G. Saur und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verlages K. G. Saur (München), vor allem an die Verlagsleiterin Clara Waldrich, an die Leiterin des Lektorats Barbara Fischer und an den Herstellungsleiter Manfred Link, für die sorgfältige Betreuung des Bandes. Dr. Rainer Ostermann danke ich für die umsichtigen Satzarbeiten.

Zur Edition

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hat gemeinsam mit dem Editionsbeirat und den Bearbeitern der Einzelbände detaillierte Editionsrichtlinien vereinbart, die den wissenschaftlichen Standard und die Einheitlichkeit der Edition gewährleisten sollen. Im Folgenden werden nur die Aspekte erwähnt, die für die Lektüre der Briefe von Bedeutung sind.

Die Edition der Briefe von Theodor Heuss kann auf vier zentrale Bestände zurückgreifen. Einem Wunsch von Heuss folgend, erhielt das Bundesarchiv den politisch ausgerichteten Bestandteil des Nachlasses, das Deutsche Literaturarchiv in Marbach den schriftstellerisch-kulturpolitischen Teil. Schriftstücke familiären bzw. privaten Charakters gingen in die Obhut der Schwiegertochter von Theodor Heuss, Ursula Heuss-Wolff, nach Basel. Neben dem politischen, literarischen und familiären Nachlassstrang sind für die Jahre 1949–1959 die Akten des Bundespräsidialamtes aus der Amtszeit von Heuss unverzichtbar.

In diesen Beständen sind vor allem für die Zeit vor 1949 in der Regel die *an* Theodor Heuss gerichteten Schreiben abgelegt, *von ihm selber* hingegen sind dort nur wenige maschinenschriftliche Durchschläge und selten eigenhändige Schreiben überliefert. Deshalb musste der Fokus der Recherchen auf die Nachlässe der zahlreichen Korrespondenzpartner erweitert werden. Diese sehr ertragreiche Suche in öffentlichen und privaten Archiven führte die Bearbeiter zu vielen bisher unbekanntem Heuss-Schreiben.

Für den vorliegenden Band wurden von den knapp 1.100 nachgewiesenen Heuss-Schreiben, die vom Januar 1918 bis zum Januar 1933 reichen, 229 plus vier Anlagen ausgewählt. Die Auswahl orientiert sich an der biographischen und zeitgeschichtlichen Relevanz der jeweiligen Schreiben. Es sollen Einblicke in die verschiedenen Aspekte des Lebens und der Persönlichkeit von Theodor Heuss gewährt werden, auch in den Alltag und das private Umfeld, ohne dabei eine „Schlüsselloch-Perspektive“ zu bieten. Die Haltung von Heuss zu den großen und kleinen Themen seiner Zeit und sein Handeln in diesen Kontexten können ein Stück Zeitgeschichte offenlegen. Neben dieser inhaltlichen Komponente wurde der Auswahlprozess bisweilen auch durch den Rang des Adressaten gesteuert. Ferner wurde versucht, die Spannweite des Kommunikationsnetzes von Heuss abzubilden. Selbst Briefe scheinbar „banalen“ oder technischen Charakters können exemplarisch zum Abdruck kommen, wenn sie einen wichtigen Aspekt der Tätigkeitsfelder von Heuss verdeutlichen.

Aufgenommen werden ausschließlich Dokumente, die *von* Theodor Heuss verfasst wurden, in Ausnahmefällen in seinem Auftrag oder gemeinsam mit anderen Autoren: Schreiben (geschlossene Versandtechnik), Post- oder Ansichtskarten,

Rundschreiben oder Übertragungen von Stenogrammen. Auch Gattungen wie Gutachten oder Briefentwürfe, die für bestimmte Personen erstellt wurden und damit einen Adressaten haben, können Aufnahme finden, entweder als eigenständiges Dokument oder als Anlage zu den zugehörigen Schreiben. Die Schreiben sind in chronologischer Folge und vollständig abgedruckt. Es wird möglichst die behändigte Ausfertigung abgedruckt, so wie sie den Empfänger erreichte.

Jedem Schreiben ist ein *Dokumentenkopf* vorangestellt, der folgende Angaben umfasst:

- Fortlaufende Nummerierung.
- Persönlicher oder institutioneller Adressat einschließlich akademischer Grade und Ort des Empfängers. Bei Rundschreiben werden die nachweisbaren Empfänger im Kommentar erwähnt. Altertümliche Schreibweisen von Orten werden nach Vorlage wiedergegeben, verschiedene Schreibweisen eines Ortes in der Regel vereinheitlicht. Geht die Ortsangabe nicht aus dem Schreiben hervor, kann sie aber erschlossen werden, wird sie in eckigen Klammern eingefügt.
- Datierung des Briefes und Wohn- bzw. Aufenthaltsort des Verfassers einschließlich Straße, Hotel oder Institution, so wie es aus der Vorlage hervorgeht. Erschlossene Bestandteile dieser Angaben finden sich wiederum in eckigen Klammern.
- Herkunftsnachweis und Beschreibung der Vorlage. Konnte nur eine Kopie eingesehen werden, wird darauf in runden Klammern hingewiesen.
- Zusätze, die sich auf das gesamte Dokument beziehen (Eingangsstempel, Aktenzeichen, Diktatzeichen, Vermerke, Verfügungen, Notizen etc.), Anlagen, Druckorte und weitere Überlieferungsformen der Schreiben werden in einer ersten textkritischen Anmerkung nachgewiesen.
- Stichwortartiges Kurzregest über den wesentlichen Inhalt des Dokuments.

Die Edition soll als Studienausgabe sowohl einen breiten Leserkreis ansprechen als auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Die Wiedergabe der Briefe will deshalb sowohl der Authentizität der Texte wie auch der Leserfreundlichkeit gerecht werden. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die *Textgestaltung*. Die Dokumente werden grundsätzlich vorlagengetreu in „alter Rechtschreibung“ übernommen. Hingegen orientieren sich alle Bearbeitertexte an der Rechtschreibung des Duden von 2006 (24. Aufl.). Im Sinne der Lektüreerleichterung werden bei den Dokumenten in einigen Fällen Korrekturen bzw. Vereinheitlichungen vorgenommen:

- Anrede und Schlussformel/Zeichnung werden in der Regel nach Vorlage abgedruckt. Bei fehlender Schlusszeichnung wird in eckigen Klammern der Name von Theodor Heuss ergänzt.

- Ein Postskriptum von Heuss wird im Anschluss des Briefes abgedruckt, bei fehlender Bezeichnung vorangestellt: [PS]. Postskripta von dritter Hand (z. B. von Elly Heuss-Knapp) werden in der Regel in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Bei eigenhändigen Schreiben werden offensichtliche Verschreiber, sinnentstellende Syntaxfehler und falsche Interpunktion stillschweigend korrigiert entsprechend der Rechtschreibung, wie sie zu Lebzeiten von Heuss galt. Ein Nachweis der vorliegenden Schreibweise erfolgt in Anmerkungen nur, wenn sie Relevanz für den Briefschreiber Heuss besitzt. Spezifische Schreibweisen, die bei Heuss besonders ausgeprägt sind (z. B. die Kleinschreibung von adjektivisch gebrauchten Ortsangaben, Schreibweise von „bischen“, „Wittwe“), werden beibehalten.
- Bei maschinenschriftlichen Schreiben wird analog verfahren. Dabei werden aber unterschiedliche Schreibweisen (z. B. „ß“ oder „ss“) vereinheitlicht, da sie in der Regel den technischen Defiziten der Schreibmaschine oder den mangelnden Kenntnissen der Schreibkraft geschuldet sind.
- Inhaltliche Korrekturen bei handschriftlichen oder maschinenschriftlichen Schreiben durch die Hand von Heuss werden im Text übernommen und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Offensichtlich sinnentstellende inhaltliche Fehler werden im Text korrigiert und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Bei unklaren Formulierungen oder Sachverhalten werden diese im Text belassen und in einer Anmerkung nach Möglichkeit erläutert.
- Unterschiedliche Schreibweisen von Personennamen werden in der Regel stillschweigend vereinheitlicht, bei inhaltlicher Relevanz in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Hervorhebungen von Heuss werden einheitlich kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Empfänger oder von dritter Hand in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Abkürzungen werden nicht aufgelöst, soweit sie sich im aktuellen Duden bei dem entsprechenden Worteintrag finden. Dies gilt auch für altertümliche Abkürzungen, deren Bedeutung noch erschließbar ist (z. B. „bezw.“). Alle anderen, auch heuss-spezifischen Kürzel, werden in eckigen Klammern aufgelöst. Amtliche/offizielle Abkürzungen von Parteien, Verbänden und anderen Institutionen werden im Text beibehalten und im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Folgendes textkritisches Klammersystem wird verwendet:

- <?> Unleserliches Wort
- <> Unsichere Lesart
- [] Zusätze durch Bearbeiter, vor allem bei aufgelösten Abkürzungen
- [...] Auslassungen durch Bearbeiter

Der *textkritische und inhaltliche Kommentar* wird nach einheitlicher Zählung in Fußnoten aufgenommen. Die textkritischen Anmerkungen beziehen sich entweder in einer ersten Fußnote auf das gesamte Dokument oder auf einzelne Textstellen. Darüber hinaus bietet der Kommentar eine am Text orientierte inhaltliche Verständnishilfe, die dem Informationsbedürfnis eines breiten Leserkreises gerecht zu werden versucht. Er enthält Erläuterungen zu historischen Begriffen, zu Sachverhalten, Ereignissen und Zusammenhängen auch biographischer Art, die heute nicht mehr ohne weiteres als bekannt vorausgesetzt werden können. Reden, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Bücher, Reisen, Wahlkampfauftritte, Gesetze, Verträge und Protokolle werden ebenso nachgewiesen wie Zitate oder Zitatanklänge. Soweit es das abgedruckte Schreiben erforderlich macht, wird auch die Gegenkorrespondenz ermittelt, der Inhalt kurz zusammengefasst oder in Auszügen zitiert. Unveröffentlichte archivalische Überlieferung wird mit der entsprechenden Fundstelle genannt, Forschungsliteratur nur sparsam und in der Regel mit genauen Seitenverweisen herangezogen. Auf die Wiedergabe von Forschungskontroversen wird verzichtet. Allgemeine biographische Angaben zu den im Text oder in den Anmerkungen genannten Personen finden sich im biographischen Personenregister. Sind hingegen weitergehende biographische Erläuterungen zu einer bestimmten Textstelle erforderlich, finden sich diese im Kommentar.

Formal richtet sich der Anmerkungsapparat nach den Regeln der Manuskriptgestaltung, die für die Edition entworfen wurden. Personen werden nur bei der Ersterwähnung mit Vor- und Zunamen genannt, dann in der Regel nur noch mit Nachnamen. Davon abweichend wird der Vorname erwähnt, um bei Namensgleichheit eine eindeutige Identifizierung vornehmen zu können oder um z. B. bei Aufzählungen Einheitlichkeit herzustellen. Forschungsbezogene Literatur und Archivalien werden schon bei Ersterwähnung mit sinnvollen Kurzformen aufgeführt, welche die Zuordnung zu den vollständigen Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis ermöglichen. Zeitgenössische Monographien oder Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die der Erläuterung einer bestimmten Briefstelle dienen, werden hingegen bei Ersterwähnung vollständig wiedergegeben. Abkürzungen von Publikationsorganen, Archiven und anderen Institutionen finden sich im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Die auf den ersten Seiten dieses Bandes vorliegende Übersicht über die Lebensstationen von Theodor Heuss konzentriert sich auf biographische Daten. Das Verzeichnis der Briefe gibt eine schnelle Orientierung über die Adressaten und Inhalte der Briefe. Das Quellen- und Literaturverzeichnis nimmt alle in der Einleitung, im Dokumentenkopf und im Kommentar erwähnten Archivalien und Veröffentlichungen mit Ausnahme der zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel auf. Das biographische Personenregister enthält in standardisierter Form biographische Kerndaten zu allen in den Briefen und in den Bearbeitertexten

erwähnten Personen, mit Ausnahme von Theodor Heuss. Das Sachregister dient dem thematisch differenzierten Zugriff auf alle in den Brief- und Bearbeitertexten enthaltenen relevanten Informationen.

Verzeichnis der Briefe

1	14. Januar 1918 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Ankunft in Berlin; Besuch der „Mittwochabende“ von Hans Delbrück; Beitrag von Georg Friedrich Knapp für die „Deutsche Politik“	85
2	15. Januar 1918 Elly Heuss-Knapp Aufnahme in die „Deutsche Gesellschaft 1914“; Zusammentreffen mit Friedrich Naumann und anderen Berliner Bekannten	88
3	21. Januar 1918 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um einen Beitrag zum Selbstbestimmungsrecht der Völker für die „Deutsche Politik“	91
4	21. Januar 1918 Elly Heuss-Knapp Abendgesellschaft bei Peter Behrens; Charakterisierung von Ernst Jäckh; Schulwahl für Ernst Ludwig Heuss	92
5	30. Januar 1918 Robert Bauer Arbeitsorganisation im „Jäckh-Konzern“; Entwicklung der „Neckar-Zeitung“ nach dem Weggang von Theodor Heuss	94
6	3. März 1918 Elly Heuss-Knapp Besuch eines Holtzendorff-Abends	96
7	12. März 1918 Elly Heuss-Knapp Abschied Elly Heuss-Knapps von Heilbronn	97
8	28. Mai 1918 Dr. Erich Schairer Militärische Offensive der Mittelmächte; Reform des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts	98

9	Juni 1918 Rundschreiben an die Herren Mitarbeiter bei dem Wettbewerb um das „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel Übersendung von Druckfähnen für die geplante Publikation des Deutschen Werkbundes zum „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel	100
10	29. Juni 1918 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Aufenthalt in Wien; Diskussionen über den Fortbestand von Österreich-Ungarn	101
11	29. Juni 1918 Conrad Haußmann Bitte um einen Beitrag zur Reform des Auswärtigen Dienstes für die „Deutsche Politik“	103
12	8. Juli 1918 Dr. Gustav Stolper Erinnerung an das gemeinsame Zusammentreffen in Wien; Bitte um einen Beitrag über die ungarische Volkswirtschaft für die „Deutsche Politik“	104
13	23. August 1918 Conrad Haußmann Dank für einen Beitrag für die „Deutsche Politik“; innenpolitische Entwicklung; Friedensbemühungen des Deutschen Reiches	105
14	14. September 1918 Martin Schlenker Kriegsgefangenschaft von Martin Schlenker; Rückblick auf die ersten Monate in Berlin	107
15	16. September 1918 Prof. Dr. Fritz Wichert Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei	109
16	17. November 1918 Conrad Haußmann Anspruch auf einen aussichtsreichen Platz auf der Kandidaten- liste der württembergischen Linksliberalen bei den Wahlen zur Nationalversammlung	111

17	Um den 20. November 1918 Friedrich Naumann Gründung der DDP	113
18	13. Dezember 1918 Conrad Haußmann Kritik am berufsständischen Aufbau der Kandidatenliste der württembergischen DDP bei den Wahlen zur National- versammlung; Wahlagitation in Berlin; Zweifel an den Führungsqualitäten von Alfred Weber	115
19	15. Dezember 1918 Conrad Haußmann Zuspruch aus Württemberg für eine Kandidatur von Theodor Heuss bei den Wahlen zur Nationalversammlung; erneute Kritik am bisherigen Aufbau der Kandidatenliste der württem- bergischen DDP	117
20	2. und 3. Januar 1919 Elly Heuss-Knapp Verlauf des Wahlkampfes in Württemberg	120
21	26. Februar 1919 Martin Schlenker Versorgungsschwierigkeiten in Berlin; Wahlkampf in Wien; Wahl in die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung	121
22	24. April 1919 Hermann Missenharter Projekt einer schwäbischen Kulturzeitschrift: Autoren- und Themenvorschläge	122
23	6. Juni 1919 Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Werkbundes Einladung zur Vorstandssitzung des Deutschen Werkbundes. . .	125
24	16. August 1919 Dr. Gustav Stolper Bitte um einen Aufsatz über Deutsch-Österreich für die „Deutsche Politik“	127
25	4. September 1919 Dr. Walter de Gruyter Veröffentlichung einer Aufsatzsammlung von Friedrich Naumann	128

26	18. September 1919 Prof. Dr. Lujo Brentano Umzug von Georg Friedrich Knapp nach Darmstadt; Tod von Friedrich Naumann	130
27	11. November 1919 Hermann Missenharter Beurteilung der Beiträge im letzten Heft des „Schwäbischen Bundes“	131
28	12. November 1919 Dr. Erich Schairer Weggang Erich Schairers von der „Neckar-Zeitung“	132
29	21. April 1920 Friedrich Mück Aussichten von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; eventuelle Übersiedlung nach Stuttgart	133
30	4. Juni 1920 Elly Heuss-Knapp Voraussichtlicher Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920	136
31	18. Juni 1920 Dr. Gustav Stolper Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; Unklarheit über die weitere politische Entwicklung in Deutschland	138
32	5. Juli 1920 Hermann Missenharter Übersendung von Beiträgen für den „Schwäbischen Bund“	140
33	20. Juli 1920 Dr. Gustav Stolper Beitrag über Max Weber für den „Österreichischen Volkswirt“	141
34	2. August 1920 Ernst Ludwig Heuss Glückwünsche zum 10. Geburtstag von Ernst Ludwig Heuss.	142
35	2. Oktober 1920 Rundschreiben Bitte um Unterstützung der Deutschen Hochschule für Politik.	144

36	6. und 7. Oktober 1920 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Gründung der Deutschen Hochschule für Politik; Besuch bei Prinz August Wilhelm in Rheinsberg	145
37	31. Oktober 1920 Edith Flaischlen Beileidsschreiben zum Tod von Cäsar Flaischlen	147
38	13. November 1920 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Haltung von Theodor Heuss zum George-Kreis; finanzielle Verhältnisse von Georg Friedrich Knapp; Entwicklung der Deutschen Hochschule für Politik	148
39	17. Februar 1921 Dr. Ulrich Zeller Verlauf einer Parteiveranstaltung in Schwäbisch Hall	151
40	20. März 1921 Elly Heuss-Knapp Graphologische Beurteilung gemeinsamer Bekannter und Freunde; Werner Sombart über Max Webers „Wirtschaft und Gesellschaft“	152
41	30. März 1921 Hessisches Staatsministerium Genehmigung einer Lotterie zugunsten der Ausschmückung der Offenbacher deutsch-katholischen Kirche mit Glasmalereien	154
42	24. Juni 1921 Dr. Walter de Gruyter Bitte um finanzielle Unterstützung des Projekts einer Naumann-Biographie	156
43	Juli 1921 Rundschreiben Bitte um die Überlassung von Briefen von Friedrich Naumann für das Projekt einer Naumann-Biographie	157
44	27. Juli 1921 Prof. Dr. Reinhold Seeberg Bitte um die Übernahme einer Lehrveranstaltung an der Deutschen Hochschule für Politik	159

45	2. Dezember 1921 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um Verbleib im Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik; Fortgang der Naumann-Biographie	160
46	2. Februar 1922 Dr. Gustav Stolper Vortragsreihe über Österreich im Rahmen der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung.	161
47	15. Februar 1922 Robert Haußmann Beileidsschreiben zum Tod von Conrad Haußmann.	162
48	4. April 1922 Albert Hopf Möglichkeit, als Nachrücker in den Reichstag einzuziehen	164
49	8. Mai 1922 Elly Heuss-Knapp Übergehung von Theodor Heuss als Nachrücker für den Reichstag; persönlicher Gesundheitszustand; Deutsche Gewerbeschau in München; Ausflüge und Einladungen in Berlin; Schulaufgaben von Ernst Ludwig Heuss	165
50	26. Mai 1922 Prof. Dr. Hans Delbrück Ablehnung eines Aufsatzes für die „Deutsche Nation“	168
51	4. Juni 1922 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse bei einem Ausflug an den Wannsee; Mitteilungen über gemeinsame Bekannte.	169
52	24. Juni 1922 Prof. Dr. Hans Delbrück Bitte um Vorschläge für einen Dozenten für Militärgeschichte für die Deutsche Hochschule für Politik	171
53	5. Juli 1922 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse auf einer Reise durch Tirol; Attentate auf Walther Rathenau und Maximilian Harden.	172

54	2. September 1922 Bernhard Schwertfeger Beurteilung der Arbeiten von Bernhard Schwertfeger	175
55	12. Oktober 1922 Administration der Zeitschrift „Demokratia“ Beiträge von Theodor Heuss für die bulgarische Zeitschrift „Demokratija“	176
56	12. Oktober 1922 Dr. Gustav Stolper Reiseempfehlungen für Gustav Stolper	177
57	22. Oktober 1922 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Ankündigung des Besuches von Gustav Stolper; Interesse Max Serings an der agrargeschichtlichen Bibliothek von Georg Friedrich Knapp; familiäre Mitteilungen	179
58	28. Oktober 1922 Albert Hopf Bitte um Veröffentlichung zweier Aufsätze im „Beobachter“ . . .	182
59	1. Februar 1923 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Vortragsreisen; Übersetzung der „Staatlichen Theorie des Geldes“ ins Englische; Angebot finanzieller Hilfe; Tod von Ernst Troeltsch	183
60	5. Februar 1923 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um eine Rezension von Ernst Troeltschs Buch über den Historismus für die „Deutsche Nation“	185
61	17. Juli 1923 Dr. Johannes Hieber Bitte um Beteiligung der württembergischen Staatsregierung an der Schulungswoche der Reichszentrale für Heimatdienst in Maulbronn	187
62	22. August 1923 Prof. Dr. Carl Heinrich Becker Vorlesungstermine von Carl Heinrich Becker an der Deutschen Hochschule für Politik	189

63	12. Oktober 1923 Anton Erkelenz Veröffentlichungen eines Aufsatzes in der „Hilfe“ unter dem Pseudonym Theobald Schwab.	191
64	13. Oktober 1923 Anton Erkelenz Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Friedrich Naumann und Max Weber in der „Hilfe“.	192
65	13. November 1923 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Kooperation zwischen der Deutschen Hochschule für Politik und der „Zeitschrift für Politik“; Bitte, Richmond Lennox in die „Mittwochabende“ von Hans Delbrück einzuführen.	193
66	16. November 1923 Dr. Gustav Stolper Mitarbeit am „Österreichischen Volkswirt“; politische Krise; Arbeit an der Deutschen Hochschule für Politik; Publizistik; Hilfsaktionen zugunsten von Magdalene Naumann und Georg Friedrich Knapp	195
67	3. Dezember 1923 Dr. Gustav Stolper Verhältnis zwischen Republik und Reichswehr; Konflikt zwischen Reichsregierung und Bayern; Umwandlung von Preußen in ein Reichsland; Beiträge für den „Österreichischen Volkswirt“	199
68	5. Dezember 1923 Albert Hopf Haltung der SPD nach dem Sturz der „Großen Koalition“; Aufstellung von Kandidaten bei einer eventuellen Auflösung des Reichstags	201
69	28. Dezember 1923 Dr. Hjalmar Schacht Bitte um einen Aufsatz für den „Österreichischen Volkswirt“ . .	203
70	6. Januar 1924 Elly Heuss-Knapp Verlauf des Stuttgarter Parteitages der württembergischen DDP	204